

---

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 4. Juni 1989*

---

<i>Abstimmungsergebnisse</i>	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
Volksinitiative «für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken (Kleinbauern-Initiative)»	741 747 48,9 %	773 718 51,1 %
Stimmbeteiligung	36.0 %	

*Inhaltsverzeichnis*

*Seite*

Nachanalyse der eidgenössischen Volksabstimmung vom 4. Juni 1989

Ergebnisse einer Repräsentativ-Umfrage in der deutschen, französischen und italienischen Schweiz

3

1 Stimmbeteiligung und Mobilisierung

4

1.1 Stimmbeteiligung

4

1.2 Die sozio-demografische Zusammensetzung und die partei-politischen Präferenzen der Urnengänger

5

1.3 Ausgewählte Faktoren der Mobilisierung

7

1.3.1 Kenntnis der Vorlage

7

1.3.2 Inhaltliche Beschreibung der Vorlage

7

1.3.3 Schwierigkeitsgrad einer subjektiven Urteilsbildung über die Vorlage

8

1.3.4 Die subjektive Betroffenheit durch die Vorlage

8

2 Das Stimmverhalten

10

3 Entscheidungsmotive

12

3.1 Motive für die Annahme der Vorlage

12

3.2 Motive gegen die Annahme der Vorlage

13

3.3 Beurteilung einzelner Argumente

14

4 Allgemeine Einstellungen zur Landwirtschaftspolitik

16

Hauptergebnisse

19

Tabelle 1 Die effektiven Abstimmungsresultate<sup>1</sup>

	Kleinbauern-Initiative Ja (absolut)	Ja (in %)	Stimmbeteiligung (in %)
CH .....	741 747	48,9	36,0
ZH .....	169 630	59,7	38,6
BE .....	116 391	53,3	33,9
LU .....	37 047	37,5	48,2
UR .....	3 163	41,0	33,3
SZ .....	9 281	34,5	38,5
OW .....	1 938	26,8	38,8
NW .....	2 736	33,3	37,2
GL .....	4 141	53,7	32,9
ZG .....	10 374	39,8	49,3
FR .....	15 660	34,6	34,3
SO .....	54 818	58,0	64,2
BS .....	29 114	66,2	33,9
BL .....	30 069	57,3	34,6
SH .....	15 177	52,1	67,2
AR .....	5 754	41,6	42,3
AI .....	813	19,9	45,0
SG .....	49 120	46,9	40,7
GR .....	15 598	40,7	34,3
AG .....	48 526	48,7	32,0
TG .....	19 923	38,3	42,6
TI .....	32 078	54,8	35,8
VD .....	20 196	29,8	20,3
VS .....	11 017	27,5	25,7
NE .....	8 141	34,3	24,5
GE .....	28 516	51,7	29,8
JU .....	2 526	28,5	20,3

<sup>1</sup> Quelle: BBl, 1989, II: 1107

## Nachanalyse der eidg. Volksabstimmung vom 4. Juni 1989

### *Ergebnisse einer Repräsentativ-Umfrage in der deutschen, französischen und italienischen Schweiz*

Bei der eidgenössischen Volksabstimmung vom 4. Juni 1989 hatte die Stimmbürgerschaft über nur eine Vorlage zu befinden. Dabei ging es um die Volksinitiative «für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken». Die sogenannte «Kleinbauern-Initiative» wurde bei einer Stimmbeteiligung von 36,0 Prozent knapp abgelehnt: 49 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sowie 8 der 23 Kantone stimmten ihr zu. Damit verfehlte sie das Volksmehr nur äusserst knapp, während sie vom Ständemehr etwas weiter entfernt war. Der Ja-Stimmenanteil war für ein Volksbegehren relativ hoch. Wenn die Initianten ihr Ziel dennoch nicht ganz erreicht haben, so bestätigt dies einmal mehr die These, dass es äusserst schwierig ist, einer Initiative zum Durchbruch zu verhelfen. Auch ein überdurchschnittlicher Werbeaufwand reicht dazu offenbar nicht aus.

Der Abstimmungskampf zur Kleinbauern-Initiative wurde recht emotional geführt. Die ersten Interpretationen des Ausgangs waren denn auch kontrovers. Die vorliegende Nachanalyse des Urnengangs möchte einen vertieften Einblick in die Einstellungen, Absichten und Motive der Bürger ermöglichen. Damit soll auch etwas Klarheit in die agrarpolitischen Perspektiven des Volkes gebracht werden.

Die vorliegende Analyse gliedert sich in vier Teile:

- Im ersten Teil werden die Fragen der *Stimmbeteiligung* und der Mobilisierung behandelt. Inwieweit üben die Kenntnis der Vorlage, deren Schwierigkeitsgrad und das Ausmass der Betroffenheit durch die Initiative mobilisierende Effekte aus? Welche sozio-demografischen Faktoren wirken sich auf die Teilnahme an der Abstimmung aus? Haben parteipolitische Präferenzen einen Einfluss auf die Beteiligung?
- Im zweiten Teil wird das *Stimmverhalten* der Teilnehmenden analysiert. Im Vordergrund steht hier die Frage nach dem Zusammenhang zwischen einzelnen Merkmalen der Bürger und ihrer Stellungnahme bei der Abstimmung.
- Im dritten Teil interessieren die *Motive*, die zu einer bestimmten Entscheidung geführt haben. Insbesondere wird auch der Frage nachgegangen, wie einzelne Argumente, die in der Diskussion um die Kleinbauern-Initiative eine grosse Rolle gespielt hatten, von den Befragten aufgenommen wurden. Es geht nicht zuletzt darum, Argumente zu identifizieren, die, obwohl sie für die Vorlage sprechen, auch bei Gegnern auf Zustimmung stossen – und umgekehrt.
- Der letzte Teil geht über die Argumente zur Kleinbauern-Initiative hinaus und behandelt *allgemeine Einstellungen zur Landwirtschaftspolitik*. Zusammen mit den Motiven zum Stimmverhalten dürften gerade diese Ergebnisse in der sich anbahnenden agrarpolitischen Auseinandersetzung von grosser Bedeutung sein.

Die folgenden Ausführungen beruhen auf einer Repräsentativ-Umfrage, die vom GfS-Forschungsinstitut in den ersten drei Wochen nach dem Urnengang durchgeführt wurde. Befragt wurden insgesamt 1013 stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger, die nach einem

kombinierten Random/Quota-Verfahren ausgewählt wurden (731 in der deutschen, 232 in der französischen sowie 49 in der italienischen Schweiz). Für die Konzipierung und Interpretation der Fragen zeichnet diesmal die Forschungsstelle für Politische Wissenschaft, Abteilung Innenpolitik / Vergleichende Politik, der Universität Zürich verantwortlich.

## *1) Stimmbeteiligung und Mobilisierung*

Die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Entscheidungsprozess ist die Hauptquelle der Legitimität eines demokratischen Staates. Neben dem quantitativen Ausmass der Teilnahme – das in einer bestimmten Stimmbeteiligung seinen Ausdruck findet – kommt der sozio-demografischen Zusammensetzung der tatsächlich Partizipierenden eine nicht weniger grosse Bedeutung zu. Über- und Untervertretungen von bestimmten Gruppen können zu Verzerrungen führen und so dem demokratischen Ideal widersprechen.

### *1.1 Stimmbeteiligung*

Die bisherige Partizipationsforschung in der Schweiz hat ergeben, dass sich die Stimmberechtigten hinsichtlich ihrer Stimmbeteiligung in drei grosse Gruppen einteilen lassen. Rund 30 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind als regelmässige Urnengänger zu bezeichnen, ungefähr die Hälfte als gelegentliche Teilnehmer und ca. 20 Prozent als konstante Nicht-Urnengänger<sup>1</sup>.

An der Abstimmung vom 4. Juni 1989 über die «Kleinbauern-Initiative» beteiligten sich insgesamt 36,0% der Stimmberechtigten. Somit konnte nur ein kleiner Teil (6%) der gelegentlichen Urnengänger mobilisiert werden. Im Vergleich über die Jahre ist die erreichte Stimmbeteiligung als eher tief zu bezeichnen.

Wie bei repräsentativ angelegten Nachbefragungen zu politischen Themen üblich, lassen sich gewisse Abweichungen zwischen tatsächlichem und angegebenem Verhalten auch in dieser Untersuchung nicht vermeiden. Die von den Befragten angegebene Stimmbeteiligung liegt mit 55 Prozent um ca. 20 Prozent über der effektiven Partizipation. Ursachen für dieses Phänomen liegen zum einen in der Befragungssituation an sich: Wer gibt schon gerne zu, seiner «Bürgerpflicht» nicht nachgekommen zu sein? Zum anderen bestehen Schwierigkeiten, Bürgerinnen und Bürger, die an Politik nicht interessiert sind, zu einer Teilnahme an der Befragung zu motivieren. Dasselbe gilt auch für Personen, die in bezug auf mehrere sozio-demografische Merkmale als unterprivilegiert zu bezeichnen sind und eher am Rande unserer Gesellschaft stehen.

1 Vgl. Linder Wolf, Konstanten und Wandel der Bürgerbeteiligung – Was wissen wir nach 10 Jahren VOX-Analysen? Papier für Tagung der GfS, 25.11.1988.

## 1.2 Die sozio-demografische Zusammensetzung und die parteipolitischen Präferenzen der Urnengänger

Tabelle 2 schlüsselt die Urnengänger nach relevanten sozio-demografischen und politischen Merkmalen auf. Folgende Ergebnisse lassen sich dabei festhalten:

Tabelle 2: Die Stimmbeteiligung nach Merkmalsgruppen

Merkmale	Gruppe <sup>a</sup>	Abweichung in % von der durchschnittlichen Beteiligung aller Befragten
Geschlecht <sup>c</sup> :	- Männer	+ 8
	- Frauen	- 7
Alter <sup>c</sup> :	- 20-29jährige	- 13
	- 30-39jährige	- 1
	- 40-49jährige	
	- 50-64jährige	+ 5
	- 65-84jährige	+ 2
Ausbildung <sup>c</sup> :	- Oblig. Schule	+ 8
	- Berufsschule u.ä.	- 6
	- Gymnasium, Universität	- 1
Berufl. Stellung <sup>c</sup> :	- Selbständige, leit. Angestellte, leit. Beamte/Beamtinnen	+ 10
	- Angest. und Beamte/Beamtinnen in mittl. Stellung	+ 7
	- Angest. in einf. Stellung	
	- Landwirte (n = 43)	+ 22
	- Arbeiter / Arbeiterinnen	- 11
	- Hausfrauen/Hausmänner, Rentnerinnen und Studierende	+ 5
	- Keine	
Siedlungsart:	- Grossstädtische Umgebung	+ 4
	- Mittel- u. kleinst. Milieu	- 3
Ansässigkeit <sup>c</sup> :	- Ländliches Milieu	+/- 0
	- weniger als 5 J. am gl. Ort	- 7
Konfession <sup>c</sup> :	- länger als 5 J. am gl. Ort	+ 3
	- Protestantisch	+ 6
	- Katholisch	- 5
Landesteil <sup>c</sup> :	- Andere (n = 19)	+ 8
	- Keine	- 1
	- Deutsche Schweiz	+ 5
	- Französische Schweiz	- 11
Parteisympathie <sup>c</sup> :	- Italienische Schweiz	- 12
	- CVP / CSP	+ 6
	- FDP / LPS	+ 4
	- SPS	+ 13
	- SVP (n = 55)	+ 28
	- EVP / LdU (n = 29)	+ 14
	- POCH / PdA / GB (n = 26)	+ 10
	- GPS	- 3
- Keine	- 8	
		(n = 34)

a Merkmalsgruppen mit weniger als 10 Fällen werden nicht aufgeführt und interpretiert.

b Befragte, die keine Meinung hatten bzw. über die keine Angaben auf dieser Dimension vorliegen, werden ausgeschlossen.

c Das Merkmal ist signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von  $p \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test). Mit andern Worten heisst dies, der in der Tabelle dargestellte Sachverhalt darf mit mehr als 95%iger Sicherheit auch unter allen Stimmberechtigten angenommen werden.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Profil der Urnengänger vom 4. Juni 1989 die bisherigen Ergebnisse der Partizipationsforschung<sup>2</sup> weitgehend bestätigt:

- *Männer* gingen öfters an die Urne als *Frauen*.
- Die Stimmbeteiligung stieg mit dem *Alter*. *Jugendliche* im Alter zwischen 20 und 29 Jahren waren stark untervertreten (-13%).
- Mit Zunahme der formalen *Ausbildung* nahm auch die Teilnahme an der Abstimmung zu.
- Bezüglich der *beruflichen Stellung* ergibt sich, dass die *Landwirte* (+ 22%) an der Urne stark übervertreten waren. Dies verwundert angesichts des Abstimmungsthemas nicht. Ebenso übervertreten – wenn auch in einem weniger grossen Ausmass – waren die *Selbständigen, die leitenden Angestellten und die leitenden Beamten* mit +7 Prozent sowie die Gruppe der *Nichtberufstätigen* (Hausfrauen/männer, Rentner/innen, Studierende) mit +5 Prozent. Untervertreten waren hingegen *Arbeiter* (-11%) sowie *Angestellte und Beamte in unteren Stellungen* (-7%).
- *Protestanten* gingen häufiger an die Urne als *Katholiken*.
- Stimmbürger, die an ihrem jetzigen *Wohnort* länger als 5 Jahre lebten, partizipierten stärker als weniger lang *Ansässige*.
- *Deutschschweizer* nahmen häufiger ihr Stimmrecht wahr (+5%) als *Tessiner* (-12%) oder *Westschweizer* (-11%).
- Stimmbürger mit *Bindungen zu einer bestimmten politischen Partei* gaben öfter ihre Stimme (+9%) ab als Stimmberechtigte ohne Parteiaffinitäten (-8%). Innerhalb der ersten Gruppe fällt die starke Präsenz der *SVP-Sympathisanten* (+28%) auf. Dieser Sachverhalt deckt sich mit Beobachtungen aus früheren Abstimmungen, doch ist das Ausmass bemerkenswert. Die starke Verankerung der SVP im diesmal stark mobilisierten bäuerlichen Milieu kann als Erklärung herangezogen werden. Ein eher ungewohntes Bild ergibt der Umstand, dass es der *SPS* bei dieser Abstimmung besser gelungen ist, ihre Sympathisanten zu mobilisieren (+13%) als den zwei grossen bürgerlichen Partigruppierungen *CVP / CSP* (+6%) und *FDP / LPS* (+4%).

Auffällige Abweichungen sind einerseits in der ausgeprägten Übervertretung von Landwirten und SVP-Sympathisanten an der Urne zu sehen. Sie finden in der agrarpolitischen Thematik der Abstimmung eine Erklärung. Anzumerken bleibt noch, dass diese Auffälligkeiten auf einer relativ kleinen Anzahl Fälle beruhen und folglich mit der gebotenen Vorsicht zu interpretieren sind. Andererseits fällt der ähnliche Mobilisierungsgrad in städtischen und ländlichen Gebieten auf. Das Abstimmungsthema hätte eher eine Übervertretung der ländlichen Bevölkerung vermuten lassen.

2 Vgl. Gruner / Hertig: Der Stimmbürger und die «neue» Politik, Bern 1983, S. 138 ff.

### 1.3 Ausgewählte Faktoren der Mobilisierung

Nachdem das Profil der Urnengänger bekannt ist, soll in einem zweiten Schritt der Frage nachgegangen werden, welche Faktoren sich auf eine Abstimmungsteilnahme positiv bzw. negativ ausgewirkt haben.

#### 1.3.1 Kenntnis der Vorlage

Die Abstimmungsvorlage war allgemein sehr gut bekannt. 84 Prozent aller Befragten kannten zumindest den Namen der Initiative. Nicht viel weniger – nämlich 79 Prozent – konnten zudem auch noch konkrete Angaben über den Inhalt (bzw. Teile des Inhaltes) machen.

Bei den Urnengängern liegen die Werte höher. Nur 4 Prozent derjenigen, die nach eigener Angabe an der Abstimmung teilgenommen hatten, kannten den Namen der Vorlage nicht und 7 Prozent wussten nichts Näheres über den Inhalt.

Grössere Unterschiede bezüglich der Kenntnis bestehen zwischen den einzelnen Landes-teilen, wobei in der deutschen Schweiz die grössten und im Tessin die kleinsten Kenntnisse anzutreffen waren.

Die Hypothese, dass sich ein grosser Bekanntheitsgrad und eine eingehende Kenntnis einer Vorlage positiv auf die Stimmbeteiligung auswirkt, findet sich bestätigt ( $\Phi = 0,33$  resp.  $0,37$ )<sup>3</sup>

#### 1.3.2 Inhaltliche Beschreibung der Vorlage

Im Zusammenhang mit jeder Abstimmungsvorlage gibt es einzelne inhaltliche Aspekte, die in den Medien und der Öffentlichkeit eine starke Thematisierung erfahren. *Tabelle 3* gibt Auskunft darüber, welche Teilfragen der Vorlage von den Befragten besonders wahrgenommen wurden. Sie basiert auf der Auswertung einer offenen Frage mit mehreren Antwortmöglichkeiten. Die Kategorien wurden nach Abschluss der Nachbefragungen gebildet.

Vier Fünftel der Befragten konnten inhaltliche Angaben zur Vorlage machen. Sie nannten vor allem zwei Aspekte: Zum einen die Abschaffung der industriellen Tierhaltung, zum anderen die Existenzsicherung und Förderung der kleinbäuerlichen Familienbetriebe. Beide Argumente beinhalten eine starke strukturpolitische Zielsetzung. Daneben kann aber das Argument der Abschaffung der sogenannten «Tierfabriken» auch tierschützerisch und umweltpolitisch motiviert sein.

Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass bei der inhaltlichen Wahrnehmung dem Namen der Vorlage eine «Signalfunktion» zukam. Die offizielle Bezeichnung der Initiative «für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken (Kleinbauern-Initiative)» enthält die drei meistgenannten Aspekte. Den Gegnern der Vorlage gelang es nicht, noch andere (gegen die Vorlage sprechende) Aspekte wirkungsvoll zu thematisieren. Durch die Namenswahl ist es dem Initiativkomitee weitgehend gelungen, den thematischen Rahmen abzustecken, in dem die inhaltliche Auseinandersetzung stattfand.

3 Stärkemass für den Zusammenhang zweier zwischen 2 zweipoligen Variablen. 0 bedeutet statistische Unabhängigkeit; 1 ein perfekter Zusammenhang.

Tabelle 3: Inhaltliche Beschreibung der Vorlage

Teilfragen der Vorlage <sup>1</sup>	n = 798 <sup>2</sup>	Anteil in % der Antworten
1. Abschaffung der industriellen Tierhaltung	460	58 %
2. Existenzsicherung und Förderung kleinbäuerlicher Familienbetriebe	403	51 %
3. Förderung einer naturnahen / umweltgerechten landwirtschaftlichen Produktion	149	19 %
4. Änderung der landwirtschaftlichen Subventionspolitik des Bundes	77	10 %
5. Regelung der betriebseigenen Futtermittelbasis	47	6 %
6. Behinderung landwirtschaftlicher Grossbetriebe	43	5 %
7. Allgemeine Änderung der Landwirtschaftspolitik	31	4 %
8. Übrige Wahrnehmungen	73	9 %
	1283	

1 Zweifachnennungen sind möglich.

2 Ohne die Kategorie «Keine Angaben» (215 Befragte).

### 1.3.3 Schwierigkeitsgrad einer subjektiven Urteilsbildung über die Vorlage

Die schweizerische Landwirtschaftspolitik ist ein Bereich, der sich durch hohe Komplexität und Regelungsdichte auszeichnet. Diese Tatsache spiegelt sich – im Gegensatz zu der griffigen Bezeichnung der Vorlage – im langen und hoch abstrakten Initiativtext wider. Auf die Frage, ob die Vorlage «eher leicht» zu beurteilen war, antwortete nur eine Minderheit der Befragten (39%) mit einem «Ja». Dass es sich hierbei um einen tiefen Wert handelt, wird zum einen daraus ersichtlich, dass 46 Prozent derselben Befragten – also 7 Prozent mehr – angaben, im allgemeinen keine Schwierigkeiten bei der Beurteilung einer Vorlage zu haben, zum anderen aus dem Vergleich der entsprechenden Werte über die Zeit<sup>4</sup>. Weniger Mühe mit der Beurteilung hatten die Urnengänger. 47 Prozent dieser Gruppe gaben an, dass die Vorlage «eher leicht» einzuschätzen war. Von 100 Stimmabstinenten antworteten hingegen nur gerade 27 in diesem Sinn. Die Fähigkeit zur Urteilsbildung wirkte sich demnach positiv auf die Abstimmungsteilnahme aus ( $\Phi = 0,21$ ).

### 1.3.4 Die subjektive Betroffenheit durch die Vorlage

Mehrheitlich (52%) fühlten sich die Befragten von der Kleinbauern-Initiative nur schwach oder gar nicht persönlich betroffen<sup>5</sup>. Nur eine Minderheit von 16 Prozent nahm eine starke

4 Der höchste Wert aus allen nachanalytierten Sachabstimmungen: 83% «eher leicht» (12 autofreie Sonntage); tiefster Wert: 32% «eher leicht» (Konjunkturbeschluss). Die 7 Stufen von «sehr klein» bis «sehr gross» wurden in gleich grossen Intervallen zwischen die Extremwerte verteilt (Tabelle 4).

5 Die Betroffenheit wurde auf einer 10-stufigen Skala erfasst; keine bis schwache Betroffenheit bei den Stufen 1, 2 und 3, hohe Betroffenheit bei den Stufen 8, 9 und 10.



direkte Auswirkung auf die eigene Person an. Im Vergleich über drei Jahre bedeutet dies einen tiefen Wert<sup>6</sup>. Bei den Urnengängern lag der Anteil derer, die sich stark betroffen fühlten, mit 18 Prozent etwas höher. Wie erwartet sind in der zuletzt genannten Gruppe die SVP-Sympathisanten – 32 Prozent empfinden eine starke Betroffenheit – und die Landwirte (33%) stark übervertreten.

Bei den Merkmalsgruppen, die am wenigsten direkte starke Auswirkungen auf das eigene tägliche Leben erwarteten, sind vor allem FDP-Anhänger (7%), Parteiungebundene (8%), Nichterwerbstätige (2%) und Bewohner kleiner und mittlerer Agglomerationen (8%) zu nennen. Interviewte in der Deutschschweiz fühlten insgesamt eine etwas grössere Betroffenheit (15%) als ihre Landsleute in der Romandie (6%) und dem Tessin (9%).

Dass sich die Wahrnehmung einer eigenen Betroffenheit auf die Abstimmungsteilnahme positiv auswirkt (Cramers V = 0,28)<sup>7</sup>, findet sich durch die Ergebnisse bestätigt.

Tabelle 4: Ausgewählte Mobilisierungsfaktoren

	Kenntnis des Namens <i>Initiativname war bekannt</i>	Kenntnis des Inhalts <i>Inhalt der Vorlage war bekannt</i>	Entscheidungsschwierigkeiten <i>Vorlage war «eher leicht» zu beurteilen</i>	Betroffenheit <i>hohe persönliche Betroffenheit – Selbsteinschätzung</i>
	<i>alle Angaben in % der Befragten*</i>			
Stimmberechtigte	84	79	39	13
Urnengänger	96	93	47	18

a) Befragte, die in die Kategorie «Keine Meinung» bzw. «Keine Angaben» fallen, werden ausgeschlossen. Bei Frage 2 (Kenntnis des Inhalts der Initiative) wird eine Ausnahme gemacht, da hier «Keine Angabe» als Unkenntnis zu interpretieren ist.

Wie im vorausgegangenem Kapitel gezeigt, besteht zwischen sämtlichen untersuchten Mobilisierungsfaktoren ein signifikanter, mittelstarker, positiver Zusammenhang. Die Stimmbeteiligung fiel nun aber insgesamt eher niedrig aus. Dies legt den Schluss nahe, dass in der Regel der festgestellte hohe Bekanntheitsgrad und die weitverbreiteten inhaltlichen Kenntnisse allein noch nicht genügend motivierend wirkten, zur Urne zu gehen, wenn die direkte Betroffenheit fehlte und zudem die Vorlage nur mit Schwierigkeiten zu beurteilen war.

6 Höchster Wert aus allen nachanalyzierten Sachabstimmungen: 40% (Fristenlösung), tiefster Wert 5% (Aufgabenverteilung Primarschule).

7 Stärkemass für den Zusammenhang zweier nominaler Variablen. 0 bedeutet statistische Unabhängigkeit, 1 ein perfekter Zusammenhang.

## 2) Das Stimmverhalten

Die Vorlage wurde mit 51 Prozent der abgegebenen Stimmen vom Volk äusserst knapp verworfen. Wie schon bei der Stimmbeteiligung ist auch zwischen den Ergebnissen der Nachbefragung und dem Stimmverhalten an der Urne eine Abweichung festzustellen. Eine Mehrheit von 56 Prozent der Befragten will die Kleinbauern-Initiative angenommen haben. Obwohl sich dadurch das Resultat insgesamt ändert, lassen die Antworten dennoch gültige Rückschlüsse auf das Stimmverhalten der einzelnen Merkmalsgruppen zu, da nichts gegen die Annahme spricht, dass in jeder untersuchten Merkmalsgruppe die Befürworter etwa gleich stark übervertreten sind (siehe *Tabelle 5*).

Der Vergleich zwischen Befürwortern und Gegnern der Kleinbauern-Initiative lässt zwei ausgeprägte Konfliktlinien erkennen:

Sehr deutlich unterscheidet sich das Stimmverhalten zwischen Befragten, die in städtischen Siedlungen leben, und jenen, die in einem ländlichen Milieu ansässig sind. Erstere nahmen die Vorlage überdurchschnittlich stark an (Grossstädte +11%, Klein- und Mittelstädte +8%), letztere lehnten sie überdurchschnittlich stark ab (-14%).

Eine zweite ausgeprägte Differenzierung liefert die Gruppierung der Befragten nach ihrer Parteisympathie. Hier zeigt sich, dass Anhänger der drei grossen bürgerlichen Parteien (CVP, FDP, SVP) die Vorlage überdurchschnittlich oft verwarfen, hingegen Befragte mit Sympathien für linke und grüne Parteien sie überdurchschnittlich gut aufnahmen. Insgesamt entspricht somit das Stimmverhalten der parteigebundenen Befragten den jeweiligen Parteiparolen.

Gegensätzlichkeiten – wenn auch weniger ausgeprägte – weisen ferner noch zwei weitere Dimensionen auf. Im Gegensatz zu Deutschschweizern (und Tessinern) legten die Westschweizer überdurchschnittlich oft ein Nein in die Urne. Gleiches gilt auch für Katholiken im Vergleich mit Angehörigen anderer religiöser Gemeinschaften und Konfessionslosen. Letztes könnte mit dem Stadt-Land-Gegensatz einhergehen.

Geschlecht, Alter und soziale Schichtung, die mit der beruflichen Stellung operationalisiert wird, scheinen dieses Mal für das Abstimmungsergebnis nicht von ausschlaggebender Bedeutung gewesen zu sein. Überdurchschnittlich oft zugestimmt haben Befragte über 65 Jahre und Angestellte in einfacher Stellung. Eine besonders starke Ablehnung ist hingegen bei Befragten zwischen 50 und 65 Jahren und bei Landwirten zu konstatieren. Die unmittelbar Betroffenen verwarfen die Vorlage ausgesprochen deutlich (-28 Prozent)<sup>8</sup>.

Die Analyse der Antworten von Nicht-Urnengängern zeigt, dass sich ihr Stimmverhalten weitgehend mit demjenigen der Urnengänger gedeckt hätte. 55 Prozent geben an, sie hätten die Vorlage angenommen. Es ist somit anzunehmen, dass auch eine höhere Stimmbeteiligung keine grösseren Änderungen im Endresultat gebracht hätte.

<sup>8</sup> Zu beachten ist, dass diese Feststellung auf der Analyse von nur 35 Fällen basiert und somit ein gewisser Grad an Zufälligkeit nicht ausgeschlossen werden kann.

Tabelle 5: Das Stimmverhalten nach Merkmalsgruppen

Merkmale	Gruppe <sup>a</sup>	Abweichung in % vom durchschnittlichen Ja-Anteil <sup>b</sup>
Geschlecht:	- Männer	- 1
	- Frauen	+ 2
Alter:	- 20-29jährige	- 1
	- 30-39jährige	
	- 40-49jährige	
	- 50-64jährige	- 9
	- 65-84jährige	+ 8
Ausbildung:	- Oblig. Schule	
	- Berufsschule u.ä.	- 1
	- Gymnasium, Universität	+ 1
Berufl. Stellung <sup>c</sup> :	- Selbständige, leit. Angestellte, leit. Beamte/Beamtinnen	- 7
	- Angest. und Beamte/Beamtinnen in mittl. Stellung	
	- Angest. in einf. Stellung (n = 35)	+ 15
	- Landwirte	- 28 (n = 32)
	- Arbeiter / Arbeiterinnen	- 2 (n = 46)
	- Hausfrauen/Hausmänner, Rentnerinnen und Studierende	+ 5
Siedlungsart <sup>c</sup> :	- Grossstädtische Umgebung	+ 11
	- Mittel- u. kleinst. Milieu	+ 8
	- Ländliches Milieu	- 14
Ansässigkeit:	- weniger als 5 J. am gl. Ort	+ 5
	- länger als 5 J. am gl. Ort	- 1
Konfession <sup>c</sup> :	- Protestantisch	
	- Katholisch	- 8
	- Andere (n = 11)	+ 8
	- Keine (n = 29)	+ 20
Landesteil:	- Deutsche Schweiz	
	- Französische Schweiz	- 7
	- Italienische Schweiz (n = 18)	+ 12
Parteisymphathie <sup>c</sup> :	- CVP / CSP	- 16
	- FDP / LPS	- 24
	- SPS	
	- SVP	- 37 (n = 43)
	- EVP / LdU (n = 18)	+ 38
	- POCH / PdA / GBS (n = 15)	+ 37
	- GPS (n = 17)	+ 21
	- Keine	+ 1

a Merkmalsgruppen mit weniger als 10 Fällen werden nicht aufgeführt und interpretiert.

b Befragte, die keine Meinung hatten bzw. über die keine Angaben auf dieser Dimension vorliegen, werden ausgeschlossen.

c Das Merkmal ist signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von  $p \leq 5\%$  (Chi-Quadrat-Test). Mit andern Worten heisst dies, der in der Tabelle dargestellte Sachverhalt darf mit mehr als 95%iger Sicherheit auch unter allen Stimmberechtigten angenommen werden.

### 3) Entscheidungsmotive

In einem weiteren Schritt wird anhand offener Fragen untersucht, mit welchen Argumenten die Urnengänger ihren positiven bzw. negativen Entscheid begründen.

#### 3.1 Motive für die Annahme der Vorlage

Das Initiativkomitee stellte bei seiner Argumentation mit der Förderung kleinbäuerlicher Familienbetriebe den strukturpolitischen Aspekt in den Vordergrund. Das zweite Hauptargument, die Bekämpfung der industriellen Tierhaltung ist vielschichtig und kann sowohl umweltpolitische und tierschutzpolitische als auch strukturpolitische Ziele beinhalten.

Tabelle 6a: Entscheidungsmotive von Ja-Stimmenden (n = 406)

Motive	Nennungen von Ja-Stimmenden (Zweifachnennungen möglich)	Anteil in % der Nennungen
- Unspezifische Pro-Motive	38	9
- Existenzsicherung und Förderung kleinbäuerlicher Familienbetriebe	209	51
- Behinderung landwirtschaftlicher Grossbetriebe	25	6
- Abschaffung der industriellen Tierhaltung / «Gegen Tierfabriken»	117	29
- Förderung der Produktion gesünderer Nahrungsmittel	15	4
- Abbau landwirtschaftlicher Überschüsse	7	2
- Änderung der Landwirtschaftspolitik	51	13
- Förderung einer naturnahen / umweltgerechten landwirtschaftlichen Produktion	40	10
- Parteiparolen / Empfehlungen Dritter	5	1
- Übrige Pro-Motive	30	7
	537	

Die Befürworter haben die erste Hauptargumentation weitgehend übernommen. Das Motiv, den kleinbäuerlichen Familienbetrieben helfen zu wollen, wird am häufigsten genannt (51%). Auf dem zweiten Platz findet sich das vielschichtige Motiv, die industrielle Tierhaltung abschaffen zu wollen (29%). Interessant scheint, dass sich unter den Befürwortern auch eine Gruppe befindet (13%), die ihre Zustimmung als Anstoss zum grundsätzlichen Umdenken in der Landwirtschaftspolitik verstanden wissen will. Finanzpolitische und gesundheitliche Überlegungen spielten für die positiven Bewertungen der Vorlage nur eine untergeordnete Rolle.

### 3.2 Motive gegen die Annahme der Vorlage

In der stark emotional geführten Diskussion um die Vorlage stand oftmals Aussage gegen Aussage. Für die Bürgerinnen und Bürger war es nicht leicht, die Folgen der Initiative abzuschätzen. Aus *Tabelle 6a* ging hervor, dass bei den Befürwortern das Motiv der Unterstützung von Kleinbauern am häufigsten genannt wurde. Ebenso verhielt es sich bei den Gegnern. Auch hier wollte die grösste Gruppe (26%) den Kleinbauern helfen – nur eben durch eine Ablehnung. Die Atmosphäre der Verunsicherung spiegelt sich auch in der Motivation, die am zweithäufigsten vorgebracht wurde. 18 Prozent der Nein-Stimmenden fanden die Ziele der Initiative als zu «undurchsichtig». Weitere Gegnerschaft erwuchs der Initiative daraus, dass das Initiativkomitee massiv vom Grossverteiler Denner unterstützt wurde. Da sich aber die Ja-Stimmen, die auf das Engagement von Denner zurückzuführen sind, nicht quantifizieren lassen, muss die Frage offen bleiben, ob sich die Kooperation für das Initiativkomitee insgesamt gelohnt hat.

Tabelle 6b: Entscheidungsmotive von Nein-Stimmenden (n = 321)

Motive	Nennungen von Nein-Stimmenden (Zweifachnennungen möglich)	Anteil in % der Nennungen
- Unspezifische Contra-Motive	23	7
- Initiative zum Schaden kleinbäuerlicher Familienbetriebe	83	26
- Unterstützung durch Denner	40	12
- Initiative gegen volkswirtschaftliche Interessen der Schweiz	20	6
- Ziele der Initiative undurchsichtig	58	18
- Initiative zu kompliziert	20	6
- Ziele der Initiative zu extrem	28	9
- Zunahme der staatlichen Bürokratie	4	1
- Steigende Preise für landwirtschaftliche Nahrungsmittel	8	2
- Ablehnung aus staatspolitischen Gründen	8	2
- Parteiparolen / Empfehlungen Dritter	15	5
- Übrige Contra-Motive	75	23
	382	

Die in vielen Medienbeiträgen behandelten staatspolitischen Bedenken (Zunahme der staatlichen Bürokratie, Ausschaltung des Parlaments) fanden bei den Befragten keinen nennenswerten Widerhall – ebensowenig die geäusserte Gefahr, dass die Initiative zu unerwünschten Preissteigerungen bei Lebensmitteln führe.

### 3.3 Beurteilung einzelner Argumente

Am Ende dieses Teils soll mit Hilfe geschlossener Fragen untersucht werden, wie die einzelnen Argumente, die in der Diskussion eine Rolle gespielt hatten, von den Befragten aufgenommen wurden. Dabei geht es nicht zuletzt darum, Argumente zu identifizieren, die auf die Zustimmung bzw. Ablehnung sowohl der Befürworter als auch der Gegner stiessen.

Insgesamt gibt es drei Argumente (Pro-Argumente 1 und 2 sowie Contra-Argument 4), die sowohl von der Gesamtheit der Befragten als auch von Befürwortern und Gegnern mehrheitlich gebilligt wurden. Der *Konsens* beinhaltet die Förderung der Kleinbauernschaft und des Umweltschutzes – aber bezeichnenderweise auch die Furcht vor höheren Agrarpreisen, die eine landwirtschaftliche Produktion in der angestrebten kleinen Betriebsform mit sich bringen würde.

Vier Argumente (Pro-Argument 3 und 4 sowie Contra-Argument 3 und 5) wirkten hingegen *polarisierend*. Die Befürworter der Kleinbauern-Initiative nahmen mehrheitlich an, dass die Initiative helfe, gesündere und weniger Nahrungsmittel zu produzieren. Dies wurde von den Gegnern mehrheitlich bestritten. Umgekehrt unterstellte eine gegnerische Mehrheit, dass die Initiative den Kleinbauern schade und vor allem den Lebensmittelgrossverteilern (u.a. Denner) nütze, was wiederum von den Befürwortern in Abrede gestellt wurde.

Überraschend verteilen sich die Zustimmungsanteile bei dem Einwand, dass die Initiative zu einem Ausbau der *staatlichen Bürokratie* führe (1 Contra-Argument). Sowohl eine Mehrheit aller Befragten als auch der Gegner der Vorlage stimmten diesem Argument nicht zu. Erstaunlich ist es, dass gerade die Ja-Stimmenden diesen Einwand mehrheitlich teilen (53%).

Die Beurteilung der zwei *aussenwirtschaftspolitischen* Argumente (Pro-Argument 5 und Contra-Argument 2) ergibt ein uneinheitliches Bild. Eine gewisse Unsicherheit darüber, was die Vorlage in dieser Beziehung für Folgen gehabt hätte, ist unübersehbar.

Die Analyse der Argumente zeigt, dass das Nein der Gegner sich nicht gegen eine Förderung des Kleinbauerntums und des Umweltschutzes in der Landwirtschaft richtet. Beide Politik-inhalte finden – zumindest auf einer abstrakten Ebene – die Zustimmung der Mehrheit. Bei der Frage indes, welche Massnahmen geeignet scheinen, die Ziele zu realisieren, endet der *Konsens*.

Tabelle 7: Gewichtung bedeutender Argumente

	einver- standen	nicht ein- verstanden	keine Angaben
	(Zeilenprozente)		
<b>Pro-Argumente</b>	<b>I / II / III</b>	<b>I / II / III</b>	<b>I / II / III</b>
1. Verzicht auf Tierfabriken und landwirtschaftliche Industriebetriebe hilft die Umwelt schützen.	67 / 83 / 59	24 / 14 / 37	9 / 2 / 3
2. Bund muss landwirtschaftliche Subventionspolitik ändern. Nur noch Gelder an bäuerliche Familienbetriebe.	64 / 79 / 58	20 / 16 / 33	16 / 4 / 10
3. Initiative fördert die Produktion gesünderer Nahrungsmittel.	59 / 83 / 39	24 / 11 / 52	17 / 5 / 9
4. Initiative verringert Überproduktion. Bund und Konsumenten sparen dadurch Geld.	38 / 64 / 24	35 / 22 / 68	27 / 14 / 7
5. Abbau von Einfuhrbeschränkungen verbessert Stellung bei internationalen Wirtschaftsverhandlungen.	38 / 46 / 45	35 / 36 / 44	27 / 18 / 11
<b>Contra-Argumente</b>	<b>I / II / III</b>	<b>I / II / III</b>	<b>I / II / III</b>
1. Vermehrte Kontrolle der landwirtschaftlichen Betriebe führt zu einem Ausbau der staatlichen Bürokratie.	46 / 53 / 46	39 / 41 / 48	15 / 6 / 6
2. Verschärfung der Einfuhrbeschränkungen verschlechtert Position bei internationalen Wirtschaftsverhandlungen.	49 / 49 / 59	33 / 40 / 33	18 / 11 / 8
3. Initiative bringt keine Verbesserungen für kleinbäuerliche Familienbetriebe.	38 / 20 / 70	44 / 72 / 27	18 / 8 / 4
4. Die Produktion in kleinbäuerlichen Familienbetrieben verteuert die landwirtschaftlichen Nahrungsmittel.	61 / 63 / 64	27 / 33 / 33	12 / 4 / 4
5. Initiative nützt vor allem den Lebensmittelgrossverteilern, die vermehrt ausländische Produkte einführen können.	39 / 27 / 70	35 / 62 / 23	26 / 13 / 7

I = Alle Befragten / II = Ja-Stimmende / III = Nein-Stimmende

#### 4) Allgemeine Einstellungen zur Landwirtschaftspolitik

Für die Bewertung der Landwirtschaftspolitik können die meisten Stimmberechtigten – sei es als Konsumenten, sei es als Produzenten – auf Primärerfahrungen zurückgreifen. Dieser Umstand erleichtert die Antworten auf die Frage nach der allgemeinen (Un-)Zufriedenheit mit der Agrarpolitik. Nur eine Minderheit von 12 Prozent der Befragten sah sich nicht in der Lage, die Landwirtschaftspolitik zu bewerten.

Tabelle 8: Allgemeine Einstellungen zur Landwirtschaftspolitik

Befragte	Einstellung zur Landwirtschaft Anteil in % (n = 1013)
– zufrieden	20
– unentschieden	32
– unzufrieden	36
– keine Meinung	12
	100

Mehr als ein Drittel der Befragten ist mit der Agrarpolitik unzufrieden. Die zweitstärkste Gruppe bleibt in ihrem Urteil unentschieden. Ausdrückliche Zufriedenheit äussert nur ein Fünftel. Das Urteil über die schweizerische Agrarpolitik ist somit nicht gerade vorteilhaft, besonders wenn man die sonst hohe Zufriedenheit der Schweizerinnen und Schweizer mit den Lebensumständen in Rechnung stellt.<sup>9</sup>

Die grösste Zustimmung findet die aktuelle Landwirtschaftspolitik bei den SVP-Sympathisanten (+18%)<sup>10</sup> und den Landwirten (+14%). Ebenso sind CVP-Anhänger und Tessiner (je +9%), Arbeiter (+8%) und Stimmberechtigte über 65 Jahre (+7%) häufiger zufrieden. Zu den Unzufriedenen zählen vor allem SP-Anhänger (+13%), dann aber auch Bewohner von grossstädtischen Agglomerationen (+6%), Angestellte in einer unteren Stellung (+6%) sowie Mittel- und Hochschulabsolventen (+6%). Vergleicht man die beiden Gruppen miteinander, so zeigt sich, dass die der Befürworter des Status quo – SVP-Sympathisanten und Arbeiter – heterogener zusammengesetzt ist als die der Unzufriedenen. Wie schon bei den Einstellungen zur Kleinbauerninitiative verläuft bei der allgemeinen Bewertung der Landwirtschaftspolitik eine Grenze zwischen ländlichen und städtischen Gebieten sowie zwischen den Anhängern bürgerlicher und linker Parteien. Die schweizerische Landwirtschaftspolitik ist nicht nur Ziel innenpolitischer Kritik. Immer öfter wird der bei uns praktizierte Agrarprotektionismus vom Ausland in Frage gestellt. Die Schweiz als ein stark exportorientiertes Land muss diese kritischen Äusserungen aufmerksam verfolgen, ist sie doch auf einen möglichst ungehinderten Zugang zu ausländischen Märkten angewiesen. Eines Tages könnte die Situation eintreten, dass die praktizierte

9 Vgl. Ebersold Werner, Schweizer und Staat, CH88, Zürich, GfS, 1988, S. 23 (neueste Ergebnisse: zufrieden: 56%; unentschieden: 8%; unzufrieden: 11%; keine Meinung: 2%).

10 Abweichungen in % vom durchschnittlichen Grad der Zufriedenheit.



Abwehrpolitik gegenüber ausländischen Agrarimporten für andere (exportorientierte) Wirtschaftssektoren gravierende Nachteile bringt. Uns interessiert nun, ob die Befragten auch in einem solchen Fall noch bereit wären, an der Schutzpolitik zugunsten der heimischen Landwirtschaft festzuhalten.<sup>11</sup> Etwa ein Fünftel wusste auf diese Frage keine Antwort. Die restlichen Befragten bejahten sie zu mehr als zwei Dritteln (71%). Nur ein knappes Drittel wäre dazu nicht bereit und würde der Landwirtschaft Opfer auferlegen. Insgesamt wünscht somit eine deutliche Mehrheit der Befragten – trotz aller Kritik – die Existenz einer einheimischen (teuren) Landwirtschaft und ist nicht bereit, diese bei auftretenden Schwierigkeiten mit dem Ausland zugunsten anderer Exportindustrien zu opfern.

Gerade jeder fünfte Befragte ist mit der gegenwärtigen Landwirtschaftspolitik zufrieden. Dies deutet darauf hin, dass die Diskussion über agrarpolitische Ziele und Massnahmen in der nächsten Zeit nicht nachlassen wird. Agrarpolitische Reformen können prinzipiell von zwei unterschiedlichen Modellen inspiriert sein. Einerseits kann versucht werden, wieder vermehrt marktwirtschaftliche Elemente in die Agrarordnung einzubauen, andererseits ist ein weiterer Ausbau der staatlichen Lenkung in diesem Sektor denkbar.

Welche Reformrichtung bevorzugen die Befragten, die mit den gegenwärtigen Zuständen entweder nur bedingt zufrieden oder unzufrieden sind? Die Beantwortung diesbezüglicher Fragen stellt an die Befragten zum Teil hohe Ansprüche. Selbst bei der geschlossenen Frageform fühlte sich bei diesem Fragekomplex durchschnittlich ein Viertel der Befragten überfordert und äusserte keine Meinung<sup>12</sup>.

Tabelle 9: Bewertung ausgewählter Reformmassnahmen

Massnahme	ausbauen / erhöhen	Status quo belassen (Angaben in %)	abbauen	
- Staatliche Subventionen	18	40	42	(n = 801)
- Kontingentregelungen	14	54	32	(n = 734)
- Einfuhrbeschränkungen	19	41	40	(n = 787)
- Direktzahlungen	25	49	26	(n = 661)

- Die Ausrichtung von *Subventionen* an landwirtschaftliche Betriebe stellt eines der zentralen Elemente staatlicher Steuerung in diesem Bereich dar. Die relative Mehrheit der Befragten sprach sich für einen Abbau solcher Subventionszahlungen aus. Nicht viel weniger wollten am Status quo festhalten und nur eine kleine Minderheit würde gerne das Subventionswesen weiter ausbauen.

- 11 Die Frage lautete: «Der Staat schützt heute unsere Landwirtschaft weitgehend vor ausländischer Konkurrenz. Soll an dieser Schutzpolitik auch dann festgehalten werden, wenn wir deshalb bei Verhandlungen mit dem Ausland zunehmend Nachteile in anderen Bereichen in Kauf nehmen müssen?»
- 12 Beobachtungen der Kategorie «keine Meinung» werden, wenn nichts anderes angegeben ist, nicht in Berechnungen miteinbezogen.

- Neben den Subventionen spielt die *Kontingentregelung* eine wichtige Rolle. Mit ihrer Hilfe wird versucht, die Produktionsmengen bestimmter Agrarprodukte zu steuern und eine Überproduktion zu verhindern. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten ist in bezug auf diese Massnahme mit dem gegenwärtigen Zustand zufrieden und wünscht keine Änderung. Ein knappes Drittel hingegen plädiert für einen Abbau der Kontingentregelung. Eine Minderheit von 14 Prozent befürwortet das Gegenteil.
- Infolge der hohen Standortkosten ist die schweizerische Landwirtschaft gegenüber dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Um dennoch ihr Überleben zu sichern, wird sie mit *Einfuhrbeschränkungen* vor der billigeren ausländischen Konkurrenz geschützt. 41 Prozent der Befragten möchte an dieser geltenden Praxis festhalten. Fast gleich viele sprachen sich jedoch für eine Lockerung bzw. Abschaffung dieser Restriktionen aus. Die geringste Unterstützung fand die Forderung, das Protektionssystem noch auszubauen.
- Mit *Direktzahlungen* sollen Landwirte vom Staat für produktionsunabhängige Leistungen, die im allgemeinen Interesse liegen, direkt entschädigt werden. Auch in diesem Fall zeigte sich eine relative Mehrheit der Befragten als wenig reformfreudig. Interessant ist jedoch, dass je ein Fünftel der Befragten einen Ausbau bzw. einen Abbau dieses Instrumentes wünschen.

Das Ausmass der Akzeptanz der einzelnen zentralen Steuerungsinstrumente ist bei den Befragten unterschiedlich. Kontingentregelungen und Direktzahlungen sind vergleichsweise populärer als staatliche Subventionszahlungen und Einfuhrbeschränkungen. Bei den Reformwilligen dominieren in einem Verhältnis von 2:1 diejenigen, die sich von einer Stärkung der marktwirtschaftlichen Elemente eine Besserung versprechen. Jeweils nur eine kleine Minderheit möchte den anderen Weg einschlagen und das System des Staatsdirigismus ausbauen. Einzige Ausnahme bildet das Instrument der Direktzahlungen. Hier stehen sich gleich viele Befürworter und Gegner gegenüber. Es scheint, dass im Landwirtschaftsbereich im grossen und ganzen das Maximum an dirigistischen Eingriffen des Staats erreicht ist. Es ist anzunehmen, dass künftige Reformen eher wieder mehr marktwirtschaftliche Elemente in den Landwirtschaftssektor werden bringen müssen – auch wenn sich die direkt betroffenen Landwirte wohl mehrheitlich dagegen zur Wehr setzen dürften. Eine Gesamtschau der von den Befragten geäusserten Einstellungen zur Landwirtschaftspolitik zeigt, dass ein gutes Drittel der Befragten – die relative Mehrheit! – mit dem gegenwärtigen agrarpolitischen Zustand unzufrieden ist. Darüber hinaus wird aber auch klar, dass selbst Unzufriedenheit nicht automatisch zu einer Reformwilligkeit führt. Mit welchen Zielen Reformen auch angestrebt werden, diejenigen, die in die entgegengesetzte Richtung stossen wollen, haben zusammen mit den am Status quo Festhaltenden tendenziell eine Mehrheit. Am ehesten haben Reformvorhaben noch eine Chance, wenn sie eine moderate, marktwirtschaftliche Zielsetzung verfolgen. Nicht die ganze bestehende Ordnung soll nach Ansicht der Befragten reformiert werden, sondern höchstens einzelne Elemente dieses Systems.

---

*Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 4. Juni 1989*

---

*Hauptergebnisse*

An der Abstimmung vom 4. Juni 1989 über die sog. «Kleinbauern-Initiative» beteiligten sich 36,0 Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Im Vergleich über die Jahre ist dies eine eher tiefe *Stimmbeteiligung*.

Die *sozio-demografische Zusammensetzung* der Stimmbürgerschaft bestätigt einmal mehr die bekannten gruppenspezifischen Über- und Untervertretungen. Einzig die überdurchschnittliche Teilnahme der Landwirte und SVP-Anhänger ist als eine Besonderheit anzusehen. Die Ursache ist in der Thematik der Vorlage begründet.

Die Vorlage war dem Namen nach allgemein sehr *gut bekannt*. Aus dem Inhalt wurden von den Befragten vor allem die in die offizielle Bezeichnung der Vorlage aufgenommenen Teilaspekte wahrgenommen, nämlich die Abschaffung der industriellen Tierhaltung, die Existenzsicherung und Förderung kleinbäuerlicher Familienbetriebe sowie die umweltgerechte landwirtschaftliche Produktion. Die *Bewertung der Initiative* bereitete der Mehrheit der Befragten Schwierigkeiten, was bei der Länge und dem hohen Abstraktionsgrad des Initiativtextes nicht weiter erstaunt. Mehrheitlich fühlten sich die Bürgerinnen und Bürger von der Vorlage nur schwach bis gar nicht persönlich *betroffen*. Diese Feststellung trifft am stärksten auf die Nichterwerbstätigen, am wenigsten auf die Landwirte zu. Die hohe Bekanntheit und Kenntnis des Volksbegehrens reichten allein nicht aus, die Bürgerinnen und Bürger an die Urne zu bringen. Diese an sich für die Stimmbeteiligung positiven Faktoren wurden neutralisiert durch den hohen Schwierigkeitsgrad sowie die geringe subjektive Betroffenheit, die von der Initiative ausging.

Bezüglich des *Abstimmungsverhaltens* sind zwei ausgeprägte Konfliktlinien zu erkennen. Die erste scheidet die Städter von den Bewohnern ländlicher Gebiete, die zweite die Anhänger linker und grüner Parteien von den Sympathisanten grosser bürgerlicher Regierungsparteien.

Die Befürworter der Initiative motivierten ihren Entscheid hauptsächlich mit dem Wunsch, die kleinbäuerlichen Familienbetriebe zu fördern und die industrielle Tierhaltung abzuschaffen. Die vom Initiativkomitee angebotene Argumentation wurde hier voll übernommen.

Auch die Gegner wollten den Kleinbauern helfen. Nur meinten sie, dieses Ziel am besten mit der Ablehnung der Vorlage zu erreichen. Insgesamt verursachte die zumeist emotional geführte Diskussion im Vorfeld der Abstimmung – oftmals standen Aussagen gegen Aussagen – eine grosse Unsicherheit. Am zweithäufigsten wurde denn auch von den Gegnern vorgebracht, dass die Initiative «undurchsichtige Ziele» verfolge. Die massive Unterstützung durch den Grossverteiler Denner wirkte in zwei verschiedene Richtungen. Ohne

Frage profitierte das Initiativkomitee vom Engagement der Unternehmung. Auf der anderen Seite wurden dadurch auch Stimmberechtigte auf die Seite der Gegner gezogen. Die Frage nach dem Stimmensaldo muss offen bleiben.

Zwischen den Befürwortern und Gegnern des Volksbegehrens bestehen indes auch Gemeinsamkeiten. Diese sind vor allem auf der Ebene der Zielformulierung zu finden. So besteht weitgehend Konsens, dass die Landwirtschaftspolitik die Interessen der «Kleinbauern» vermehrt berücksichtigen müsse. Über die geeigneten Massnahmen, das allgemein anerkannte Ziel zu erreichen, gehen die Meinungen jedoch auseinander.

Nur gerade jeder fünfte Befragte ist mit der gegenwärtigen *Landwirtschaftspolitik* zufrieden. Die agrarpolitische Diskussion um Reformen dürfte somit in der nächsten Zeit nichts von ihrer Aktualität einbüssen. Reformen können sich dabei prinzipiell an einem marktwirtschaftlichen oder an einem planwirtschaftlichen Modell orientieren. Aus den analysierten Antworten wird klar, dass sich die grosse Mehrheit der Reformwilligen eher vom Ausbau marktwirtschaftlicher Elemente eine Verbesserung der Verhältnisse verspricht. Zu bemerken ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass Unzufriedenheit mit der Landwirtschaftspolitik nicht automatisch mit einem Willen zur umfassenden Reform des ganzen bestehenden Systems gleichgesetzt werden darf. Mit welchen Zielen Reformen auch angestrebt werden, diejenigen, die in die entgegengesetzte Richtung stossen wollen, haben zusammen mit den am Status quo Festhaltenden tendenziell eine Mehrheit. Am ehesten haben Reformvorhaben noch eine Chance, wenn sie eine moderate, marktwirtschaftliche Zielsetzung verfolgen. Nicht die ganze bestehende Ordnung soll nach Ansicht der Befragten reformiert werden, sondern höchstens einzelne Elemente dieses Systems.

Unzufriedenheit und Reformwille bedeuten überdies nicht, dass an der Existenzberechtigung einer heimischen Landwirtschaft gezweifelt würde. Die grosse Mehrheit der Befragten würde es nämlich sogar dann ablehnen, einseitig der Landwirtschaft Opfer aufzuerlegen, wenn wegen der praktizierten protektionistischen Politik im Agrarbereich wichtige Exportbranchen Nachteile im Umgang mit dem Ausland in Kauf zu nehmen hätten.

# ZÜRCHER BEITRÄGE ZUR POLITISCHEN WISSENSCHAFT

Herausgegeben von Prof. Dr. Daniel Frei und Prof. Dr. Ulrich Klöti

---

- Band 7: Beat Moser: **Ethnischer Konflikt und Grenzkrieg**. Ursachen innen- und außenpolitischer Konflikte in Afrika.  
376 Seiten, Fr. 38.- (1983) ISBN 3 7253 0198 0
- Band 8: Ulrich Schmid: **Wahlkampffinanzierung in den USA und in der Schweiz**  
270 Seiten, Fr. 38.- (1985) ISBN 3 7253 0235 9
- Band 9: Beat Moser: **Konflikt und Kooperation der Dritten Welt mit Industrieländern**.  
364 Seiten, Fr. 48.- (1985) ISBN 3 7253 0236 7
- Band 10: Hans-Jakob Mosimann: **Befangenheit im Konsumentenschutz?** Bundesbehörden im Widerstreit der Interessen.  
310 Seiten, Fr. 38.- (1985) ISBN 3 7253 0239 1
- Band 11: Heinz Krummenacher: **Internationale Normen und Krisen**. Die normative Dimension internationaler Politik  
246 Seiten, Fr. 38.- (1985) ISBN 3 7253 0253 7
- Band 12: Kurt Nüssli: **Föderalismus in der Schweiz**. Konzepte, Indikatoren, Daten.  
380 Seiten, Fr. 38.- (1985) ISBN 3 7253 0262 6
- Band 13: Philippe Grossen: **Das Bild der UNO in der Schweizer Tagespresse**.  
174 Seiten, Fr. 38.- (1986) ISBN 3 7253 0265 0
- 

## *Weitere Literatur zur Schweizer Politik:*

Ulrich Klöti, unter Mitarbeit von Richard Degonda:

**Regierungsprogramm und Entscheidungsprozeß. Eine Erfolgskontrolle der Regierungsrichtlinien des Bundesrates für die Legislaturperiode 1975-1979.**

Publikationen des Schweizerischen Nationalfonds, Band 39, Bern 1986.

## **Handbuch Politisches System der Schweiz / Manuel Système politique de la Suisse**

Band / Volume 1: Grundlagen / Le Contexte. Hrsg. / Ed. A. Riklin, geb. Fr. 40.-

Band / Volume 2: Strukturen und Prozesse / Structures et processus. Hrsg. / Ed.

U. Klöti

Geb. Fr. 32.-

Band / Volume 3: Föderalismus / Fédéralisme. Hrsg. / Ed. R.E. Germann /

E. Weibel.

Geb. Fr. 32.-

# ***KLEINE STUDIEN ZUR POLITISCHEN WISSENSCHAFT***

*Die «Kleinen Studien zur Politischen Wissenschaft» können zum Preis von Fr. 5.– pro Nummer bei der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft, Münstergasse 9, 8001 Zürich, oder Weinbergstrasse 59, 8006 Zürich, bezogen werden.*

- 
- 260–261 Ulrich Klöti und Franz-Xaver Risi (Hrsg.): Parteiensysteme im internationalen Vergleich
- 259 Daniel Frei und Rudolf Küng (Hrsg.): Die Effektivität gewaltbeschränkter Normen
- 258 Stefan Hotz: ASEAN – Nationale Perspektiven und regionale Zusammenarbeit. Eine Fallstudie zur Association of Southeast Asian Nations
- 256–257 Thomas Bernauer: Superpower Summits – When Are They Successful? A systematic quantitative/qualitative analysis of factors influencing the outcome of summits
- 255 Christof Buri: «Postindustrialistische» Werthaltungen und Einstellungen zur Aussenpolitik. Ergebnisse einer UNIVOX-Umfrage
- 254 Dieter Ruloff (Hrsg.): Politische Risiko-Analyse. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 253 Theo Haldemann und Ulrich Klöti (Hrsg.): «Sparen» in der öffentlichen Verwaltung. Die Hayek-Analyse in der Stadt Zürich. Beiträge zu einem Forschungsseminar
- 252 Kurt Nüssli: Neokorporatismus in der Schweiz. Regionalpolitik
- 251 Kurt Nüssli: Neokorporatismus in der Schweiz. Umweltpolitik
- 250 Erwin Rüegg: Neokorporatismus in der Schweiz. Berufsbildungspolitik
- 249 Erwin Rüegg: Neokorporatismus in der Schweiz. Landwirtschaftspolitik
- 248 Kurt Nüssli: Neokorporatismus in der Schweiz. Gesundheitspolitik
- 247 Erwin Rüegg: Neokorporatismus in der Schweiz. Verkehrspolitik
- 246 Theo Haldemann: Einführung in die Kausalanalyse mit LISREL (lineare Gleichungssysteme)
- 245 Ulrich Klöti: Politische Wissenschaft in der Schweiz
- 243–244 Sandro Cattacin: Neokorporatismus in der Schweiz. Die Fremdarbeiterpolitik
- 241–242 Armin Kühnen: Neokorporatismus in der Schweiz. Fallbeispiel: Arbeitszeitpolitik
- 239–240 Madeleine Hösli: Perceptions and Positions in the International Debt Crisis. An Analysis of Public Statements made by Government Representatives in Developing and in Industrialized Countries
- 237–238 Barbara Sostaric: Zusammenhänge von Rüstung und Entwicklung: eine empirische Untersuchung
- 235–236 Christine Fürst: Integration im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)
- 234 Ulrich Klöti und Franz-Xaver Risi: Neueste Entwicklungen im Parteiensystem der Schweiz
- 233 Theo Haldemann: Kreuztabellenanalyse: Anteilsdifferenzen und Effektenanalyse (d-Ansatz von James A. Davis)

# UNIVOX-THEMATIK

## I A Gesellschaft

Ausländerintegration : geforderte Anpassung, Toleranz der Eigenart 1, 86, 88 – Kontaktarmut, soziale Isolation 2, 86 – Formen des Zusammenlebens : allein, Wohngemeinschaft, Altersheim, verheiratet, Konkubinats 3, 86, 87, 88 – Interessengegensätze zwischen verschiedenen Gruppen : Arbeitgeber / Arbeitnehmer, Leuten mit Volksschulbildung / Akademikern, Leuten mit Kindern / Leuten ohne Kinder, Jungen / Alten, Männer / Frauen, Erwerbstätigen / Rentnern 4, 86, 87, 88 – Ehe und Heirat : Sicherheit, Ehe und Konkubinats im Vergleich, Ehe auf Probe 5, 86, 87 – Ansichten zu Beruf und Familie, Rollenteilung, Doppelbelastung Beruf und Haushalt 6, 86, 87, 88 – Ansichten zur optimalen Familiengrösse 7, 87 – soziale Ungleichheit : Einkommensverteilung, Berechtigung von Einkommensunterschieden 8, 87 – Akzeptanz bezüglich des Ausländerstimmrechtes auf Gemeindeebene 9, 88 – Gefühl der Verunsicherung / Orientierungslosigkeit anhand einer Anomie-Skala 10, 88.

## I B Wohnen

Bewertung der Wohnungseigenschaften : Grösse, Komfort, Helligkeit, Miete / Kosten, Verhältnis zum Vermieter / Nachbarn / Quartier, Nähe der Infrastruktur, Umgebung 8, 86, 87, 88 – Standort der Wohnung 1, 86, 87, 88 – Idealvorstellung von Wohnort (Stadt/Land) und Art der Wohnung (Einfamilien-/Mehrfamilienhaus) 2, 86, 87, 88 – Hausbesitz (Wunsch) 3, 86, 87, 88 – Wohnungsmarkt 4, 86, 88 – Rechte der Mieter, Mieterschutz 5, 86, 88 – Anzahl Zimmer der Wohnung 6, 86, 87, 88 – Mietzinsanteil des Einkommens 7, 86, 87, 88 – Stellenwert der Wohnqualität 9, 87, 88 – beabsichtigter Wohnungswechsel 10, 87, 88 – Stellenwert und Nutzung des städtischen Angebots (Einkauf, Freizeit) 12, 87 – Stadtleben : Unterhaltung oder Einsamkeit ? 13, 87 – Wohnungsrenovierungen : Aufgabe des Hauseigentümers oder des Mieters ? 14, 88 – Verhältnis Mieter / Hauseigentümer : Gewünschte Konsultationen des Mieters vor Renovierungen 15, 88 – Kostenverteilung von Renovierungen auf Mieterwunsch : Kostenteilung, Selbermachen, Langzeitmietvertrag, Mieterhöhung 16, 88

## I C Gesundheit

Heutiger Gesundheitszustand 1, 86, 87, 88 – Gesundheitszustand vor einem Jahr 2, 86 – Förderung der eigenen Gesundheit 3, 86 – Einschränkungen im täglichen Leben durch Krankheiten 4, 86, 88 – gesundheitliche Probleme, verschiedene Beschwerden in den letzten 12 Monaten 5, 86 – Belastungen/Veränderungen im Leben 6, 86 – berufliche Belastung 7, 86 – Stellenwechsel 8, 86 – Lebensgewohnheiten : Ernährung, Bewegung, Erholung etc. 9, 86 – gesundheitliche Probleme, verschiedene Beschwerden in den letzten 4 Wochen 10, 87, 88 – Arbeitsstunden pro Woche im Beruf 11, 87, 88 – Arbeitsstunden pro Woche ausserhalb des Berufs 12, 87, 88 – Arbeitsbelastung, Arbeitsdruck 13, 87, 88 – Wunsch nach Arbeitsreduktion und Stellenwechsel 14, 87, 88 – Einstellung gegenüber Gesundheit und Krankheit : Vererbung, Medikamenteneinnahme, Genuss versus Askese, Vorbeugung etc. 15, 87 – Gefühl in Notsituationen allein gelassen zu werden, kein Vertrauen in fremde Hilfe 16, 88 – Soziales Umfeld : Vertrauenspersonen, Wunsch und Realität 17, 88 – Freizeitaktivitäten in Vereinen und Geselligkeit 18, 88

## I D Ausbildung

Wichtigkeit von Erziehungs-, Schul- und Bildungsfragen 1, 87, 88 – Kenntnisse der Einstellung politischer Parteien zu Erziehungs-, Schul- und Berufsbildungsfragen und deren Gewicht bei Wahlenentscheiden 2, 87 – Stellenwert eines Eidgenössischen Fähigkeitsausweises 3, 87 – Stellenwert eines Universitätsdiploms 4, 87 – Bilanz der Schul- und Ausbildungszeit und berufsbegleitende Ausbildung 5, 87 – Bewertung von Aussagen / Zielen des schweizerischen Schulsystems und gewünschte Änderungen um diese Ziele zu erreichen : nötiges Allgemeinwissen, kritisches Gesellschaftsbild, Selbsterkenntnis, Berufskennntnisse, beruflicher Aufstieg, Matura möglich für jeden, Diplome nur für die Besten, den neuen Technologien angepasst, Grundkenntnisse 6, 87 – Schulreformen : Notwendigkeit, Ursache von Problemen mit Eltern / Schülern / Lehrern, Schulreform im eigenen Kanton 7, 87 – Stellungnahmen zu : Anzahl Schüler pro Klasse, zweite Nationalsprache in Primarschule, Unterrichtsmethoden in Mathematik, Einführung von Informatik, Lehrplan, obligatorische Schulzeit, Maturitätsalter, Praktika, Aufnahmeprüfungen an Universitäten, Stipendien 7, 87 – Weiterbildung : Besuch von Kursen (von der Firma aus), Initiative, Möglichkeiten zu Kursbesuchen, Hindernisse, Interessen und Nützlichkeit, Wünsche für die Zukunft, Finanzierung der Kurse 8, 88 – Selbstfinanzierung oder Fremdfinanzierung einer Ausbildung 9, 88 – öffentliche Schulen versus Privatschulen : Erfolgchancen der guten, der schwachen Schüler, Unterrichtsmethoden, Schulgelder, Ausbildung der Lehrer, pädagogische

Erziehung 10, 88 – Akzeptanz der Privatschulen 11, 12, 88 – Akzeptanz eines Steuerabzuges bei Ausgaben für Privatschule 13, 88 – Finanzierung der Privatschulen, freie Wahl der Schule 14, 88 – Wissen / Schulbildung: Testfrage 15, 88

## **I E Kultur**

Identifikation mit Objekten verschiedener Epochen / Zeiten 1, 86 – allgemeines kulturelles Interesse 2, 86, 87 – kulturelle Situation in der Schweiz 3, 86, 87 – Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen: Häufigkeit, verschiedene Arten wie Fussballmatch, Chilbi, Alpaufzug, Opernabend etc. 4, 86 – Bewertung der einzelnen Kulturträger 5, 86 – Kulturpolitik der politischen Parteien 6, 86 – Kulturförderung: Aufgabe von Bund / Kantonen / Gemeinden / Privaten 7, 86 – Kulturinitiative 8, 86 – Massnahmen der Kulturpolitik – Einrichtung von Museen / Bibliotheken / Theater, Subventionen für Kulturschaffende und kulturelle Einrichtungen, Verzicht auf öffentliche Unterstützung 9, 86 – Nutzung des kulturellen Angebotes in grossen Städten, in der Region und am Wohnort 10, 87 – Ablehnung des Kredites für die CH 91 11, 87 – Massnahmen der öffentlichen Hand: Förderung von schweizerischen Werken in den Kultursprachen, Dialektförderung, Werkübersetzungen, Steigerung des Kulturteiles in den öffentlichen Medien, Förderung des schweizerischen Films 12, 87 – Künstlerische Fächer an Schulen 13, 87 – Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation der Schriftsteller 14, 87 – kulturelle Präferenzen 15, 87 – Nutzen von Aufwendungen für kulturelle Zwecke 16, 87 – Vertrauen in Kulturfragen zu den politischen Parteien 17, 87 – Einfluss von Engagement in Kulturfragen bei Wahlentscheiden 18, 87 – Einschätzung der kulturellen Situation gestern und heute 19, 88 – Interesse an der Kultur, Stellenwert im Leben 20, 88 – Zugehörigkeit zur kulturellen Gemeinschaft: regional, schweizerisch, europäisch, global 21, 88 – Ansichten zu verschiedenen Massnahmen im Kulturbereich: Erhöhung des Kulturteiles in den elektronischen Medien, finanzielle Anreize für den Schweizerfilm, Übersetzung einheimischer Autoren, Förderung der Dialekte, Anreiz für Werke in verschiedenen schweizerischen kulturellen Gemeinschaften, kulturelle Expansion im Ausland / Schaffung von ständigen Zentren 22, 88 – Neue Organisation der CH 92: Pluralismus oder nationale Einheit? föderative Struktur positiv oder negativ? sparsam oder knausrig? 23, 88 – persönlicher Nutzen der Ausgaben für Kultur 24, 88 – Beurteilung der Ablehnung der Olympischen Spiele in Lausanne 25, 88 – Weiterverfolgung der Ziele der Kulturförderung 26, 88

## **I F Freizeit**

Freizeit: Privatsache oder Ausgabe der öffentlichen Hand? 1, 86 – Unterstützung von Initiativen: Schaffung von Grün- und Freifläche für Kinder, Sportanlagen für jedermann, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Schulhöfe als Freizeittätten, Parks, Schaffung von Wohnstrassen, Umwandlung von Rasenflächen in Nutzgarten 2, 86 – Einkommen versus Freizeit 3, 86 – Ausgaben im Freizeitbereich: Reisen, Auto, Video, Bücher, Ausgehen, Wohnungseinrichtung, Sportausrüstung, Heimwerken, Weiterbildung, Sparen 4, 86 – Freizeitaktivitäten: Fernsehen, Zeitungen / Bücher lesen, nichts tun, Spaziergehen, Einkaufen, Besuche, Radio hören, Familie / Kinder, Reisen, Garten, Basteln, Sport, Weiterbilden, Nebenverdienst 5, 86 – bevorzugte Tätigkeiten bei Arbeitsreduktion 6, 86 – Zufriedenheit mit Leben, Freizeit und Arbeit 7, 14, 87 – Arbeitszeit 8, 87, 88 – Stellenwert der Freizeit 9, 87 – Ausgaben bei mehr Freizeit 10, 87 – Einschränkungen im Freizeitbereich bei kleinerem Einkommen 11, 87 – wachsendes Freizeitkonsumangebot 12, 87 – Faktoren einer befriedigenden Freizeitgestaltung: Länge der Freizeit, Geld, andere Leute, Wetter, Angebot, Beruf, Eigeninitiative, flexible Arbeitszeit 13, 87 – Häufigkeit der Ausübung einzelner Freizeitaktivitäten: Basteln, Gärtnern, Reparieren, Mitarbeit in Parteien, Vereinen und sozialen Organisationen 15, 87 – Zeitaufwand für Freizeitaktivitäten 16, 87 – Entwicklung des Umfanges der Freizeit 17, 88 – Abgrenzung zwischen Freizeitaktivität und Arbeit: Weiterbildung, Essen, Lesen, Gartenarbeit, Einkaufen, Fernsehen, Körperpflege, Kochen, soziale Tätigkeit, Schlafen 18, 88 – Belastungen in der Freizeit: Verkehrsstau, familiäre Verpflichtungen, Pflichtbesuche, Gedränge / Schlangenstehen, Lustlosigkeit, Lärmbelästigung, schlechtes Fernsehprogramm 19, 88 – Zufriedenheit mit Umfang der Freizeit 21, 88 – Präferenzen bezüglich Arbeitszeitreduktion, Einkommenserhöhung 22, 88 – Präferenzen bei einer individuellen Regelung der Freizeit: Teilzeitarbeit, gleitende Arbeitszeit, unbezahlter Urlaub, Schichtarbeit, flexible Pensionierung, Kompensation der Überzeit als Freizeit 23, 88 – gewünschtes Wochenarbeitspensum 24, 88 – Verwendung von zusätzlicher Freizeit für: Geselligkeit, Familie, Hobby, TV, Weiterbildung, politisches oder soziales Engagement, Reisen 25, 88

## **I G Verkehr**

Emissionen des Verkehrs, Massnahmen zu ihrer Eindämmung 1, 87 – Verfügbarkeit von verschiedenen Verkehrsmitteln: Velo, Mofa, Motorrad, Auto 2, 87 – Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln:



Erreichbarkeit, Bedienungsfrequenz 3, 87 – Prioritäten der Verkehrsgestaltung: Arbeits-, Schul-, Einkaufswege für Freizeit, Wirtschaft und Industrie, Verhinderung von Unfällen, Schutz der Umwelt, Komfort, Strukturpolitik 4, 87 – verschiedene Verkehrsbedürfnisse: Komfort, Erschliessung, Benützung privater Verkehrsmittel, Kosten, Unabhängigkeit vom Fahrplan, Gepäckmitnahme 5, 87 – Bewertung von autofreien Sonntagen, Benzinrationierung, Pflörtneranlagen, Geschwindigkeitsreduktion, Öko-Bonus, leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe, Riegel, Sperren 6, 87 – Benützung der verschiedenen Verkehrsmittel für Arbeitsweg, Einkauf, Beruf, Freizeit: Velo, Mofa, Motorrad, Auto, Tram, Bus, Postauto, SBB, Lkw 9, 88 – Vorteile und Nachteile der Motorisierung 10, 88 – Umweltschutz und Auto: Anreize zur Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, Auto und Freiheit, Umweltschutz als Staatsaufgabe 11, 88 – Beeinträchtigung der Umwelt durch den Verkehr: Gewässerverschmutzung, Lärm, Landschaftsbild, Luftverschmutzung, Zerschneidung von Dörfern und Quartieren 12, 88 – gewünschte Finanzierung der öffentlichen Verkehrsmittel: Tarifpolitik, Steuergelder, Benzinsteuer, Unterhalt der Infrastruktur durch den Staat 13, 88 – Autobenützung 14, 88 – Bereitschaft zu umweltfreundlichem Verhalten: Verzicht auf Autobenützung (öffentliche Verkehrsmittel), Verzicht auf Mobilität, Geschwindigkeitsreduktion, schonendes, rücksichtsvolleres Autofahren, Motorabstellen bei Rotlicht, Katalysator-Auto15, 88 – gewünschte Kostenverteilung im Verkehr: Internalisierung der externen Kosten im privaten und öffentlichen Verkehr, Eigenwirtschaftlichkeit des öffentlichen und privaten Verkehrs 16, 88

### **I H Kommunikation**

Mediennutzung: Fernsehen, Radio DRS, Lokalradio, Tageszeitung, Zeitschriften, Bücher 1, 86, 87 – Nutzung von: Tagesschau / Nachrichten, Informationssendungen, Unterhaltung, Lokalteilen, Illustrierten / Zeitschriften, Fachbüchern 2, 86 – Organisationsform der SRG 3, 86 – Bekanntheit neuer Medien 4, 86 – Nutzung von: Kabelfernsehen, Videorecorder, Satelliten-TV, Videotex, Pay-TV 5, 86, 87 – Zufriedenheit mit Programm von SRG-Fernsehen, ausländischen TVs, SRG-Radio, Lokalradios, Zeitungen 6, 86, 88 – Änderungswünsche in bezug auf Medien und deren Angebote 7, 86 – Bekanntheit des für den Medienbereich zuständigen Departements 8, 86 – Bekanntheit von medienpolitischen Fragen 9, 86 – Nutzung von: Tagesschau / Nachrichten, politischen Informationssendungen, Kultur / Bildung / Wissenschaft, Ratgeber sendungen, Sport, Quiz / Spielen, Familienserien, Musik, Abenteuer- und Spielfilmen, Regionalem, Illustrierten / Zeitschriften, Fachbüchern 10, 87 – Mediennutzung: Häufigkeit von Fernsehen, Radiohören, Zeitunglesen 11, 87 – Fernsehempfang durch Antenne / Kabelfernsehen, Teletext, Anzahl Sender, Einschaltquote einzelner Sender 12, 87 – Zufriedenheit mit TV-Angebot, gewünschter Sender für zusätzliche Programme, gewünschte zusätzliche Programme: Aktuelles, Politik, Regionales, Kultur / Bildung / Wissenschaft, Ratgeber sendungen, Sport, Quiz / Spiele, Familienserien, Abenteuer- und Spielfilme 12, 87 – Besitz und Nutzung von Videorecordern: Kauf, Entlehnung, Selbstaufnahme 14, 87 – Teleclub-Mitglied 15, 87 – Besitz und Nutzung von Personal Computern: Textverarbeitung, Buchhaltung, Programmierung, Weiterbildung, Spiele 16, 87 – Wichtigkeit / Stellenwert der verschiedenen Medien: schweizerisches Fernsehen und Radio, ausl. TV, Lokalradios, Zeitungen, Zeitschriften, Büchern 17, 88 – Informations- und Unterhaltungswert der einzelnen Medien 18, 88 – Glaubwürdigkeit der politischen Berichterstattung des schweizerischen Radios und Fernsehens, Lokalradio, Zeitungen und Zeitschriften 19, 88 – Unabhängigkeit der Journalisten in diesen Medien 20, 88 – Verständlichkeit der Berichterstattung in diesen Medien 21, 88 – Interesse an Informationen über Lokalpolitik, Politik im In- und Ausland 22, 88

### **I I Umwelt**

Usachen des Waldsterbens 1, 86, 87, 88 – Kenntnisse über Vorschriften zum Umweltschutz 2, 86, 14, 87 – technischer Fortschritt, Lösung für Umweltprobleme, Tragbarkeit der Kernenergie Risiken, Notwendigkeit von Verhaltensänderungen, Technologiegläubigkeit, Umweltbelastung als Preis für Wohlstand 3, 86, 88 – Einfluss verschiedener Gruppen im Umweltschutz 4, 86 – gewünschter Einfluss im Umweltschutz von Gewerbe / Industrie, Natur- und Umweltschutzverbänden, Wissenschaftlern / Technikern, Bundesrat / Kantonsregierungen, politischer Parteien, betroffener Bevölkerung, Gewerkschaften 5, 86 – Kostenträger des Umweltschutzes: direkte oder indirekte Steuern? Bereitschaft, Aufschlag auf Einkommenssteuer zu zahlen 6, 86, 87, 88 – Bereitschaft, Mehrkosten für Heizung in Kauf zu nehmen 7, 86, 87, 88 – Staatsausgabenreduktion zugunsten des Umweltschutzes: ja / nein, in welchen Bereichen? 8, 86, 87, 88 – Verhaltensänderungen wegen Umweltschutz (selber / andere), Bereitschaft, eigenes Verhalten zu ändern: Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, Motor abstellen bei Rotlicht, Beachtung des Stromverbrauches bei Neuanschaffungen, Unterstützung von Umweltorganisationen, Mitmachen an Umweltschutzaktionen, Verzicht auf umweltschädliche Produkte, Vermeidung von Abfall / Pollution, Katalysator 9, 86, 87, 88 – zukünftige Gesellschaftsentwicklung: 1. Priorität:

Wirtschaftswachstum oder Umweltschutz? Bereitschaft zu Risiken für Wohlstand, menschliche Qualitäten oder Leistungsgesellschaft? menschliche Bedürfnisse oder wirtschaftliche Bedürfnisse? demokratische Entscheidungsstruktur oder Delegation an Behörden? 15, 87 – notwendige Massnahmen der Behörden: Lärmbekämpfung, Gewässerschutz, Raumplanung, Abgasreduktion von Heizungen, Industrie und Autos, Abfallbeseitigung, Landwirtschaft, Energiesparen, Naturschutz, Bodenschutz, Förderung des öffentlichen Verkehrs, radioaktive Strahlung 16, 87, 88 – Informationsquellen über Umweltfragen: Zeitungen, elektronische Medien, Familie / Bekannte, Arbeitskollegen, Fachliteratur, Vorträge, Interessengruppen 17, 87 – Zustimmung / Ablehnung bezüglich des Ausstiegs aus der Kernenergie bis zum Jahre 2025 und des Baus von Kaiseraugst 18, 88 – Raumtemperatur 19, 88 – Abfallbeseitigung (Kompost, Glas, Papier, Batterien) 20, 88 – Velobesitz und Benutzung zum Arbeiten und Einkauf 21, 88 – Stellenwert der Belastungen durch den Verkehr: Luftverschmutzung, Strassenlärm, Sicherheit 22, 88

## II A Staat

Zufriedenheit mit dem Leben (allg.) und der schweizerischen Politik 1, 86, 87, 88 – Erfahrungen mit staatlichen Stellen: Steuerverwaltung, PTT, Gemeindeverwaltung, Verkehrsbetriebe, Polizei, Strassenverkehrsamt, Armee 2, 86, 87 – Einstellung zu Föderalismus, Kollegialregierung, Konkordanz, Milizparlament, Sozialpartnerschaft, Referendum, Volksinitiative, Vernehmlassungsverfahren 3, 86, 87, 88 – dringliches Problem zuhanden des Bundesrates 101, 86, 87, 88 – Fähigkeit des Staates, politische Probleme zu lösen 4, 86, 87, 88 – Ausdehnung der Staatstätigkeit 5, 86, 87 – neue Staatsaufgaben, Gebiete, wo kleinere Staatstätigkeit gewünscht 6, 86, 88 – Aufgabenteilung zwischen Bund / Kantonen / Gemeinden: Polizei, Aussenpolitik, Landesverteidigung, Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Umweltschutz, Sozialversicherungen, Raumplanung, Verkehr, Energie, Landwirtschaft, Wirtschaftspolitik, Forschung 7, 86 – Föderalismus: Verbindung für verschiedene Sprachgruppen, Brücke für konfessionelle Gegensätze, Ausgleich zwischen Stadt / Land, Autonomie für Regionen, Ausgleich zwischen arm / reich 8, 87 – Notwendige Stärke des Bundesrates zur Lösung von dringlichen Problemen 9, 88 – staatliche Tätigkeit: gewünschter Weiterausbau bzw. Verminderung 10, 88 – gewünschte staatliche Kompetenzverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden 11, 88 – Bundesratswahl durchs Volk 12, 88 – Massnahmen zur Entlastung des Bundesrates wie Ausbau des persönlichen Stabes, Staatssekretär zur Übernahme administrativer Aufgaben oder von Repräsentationspflichten, gleichmässige Aufteilung der Bundesämter auf die Departemente 13, 88

## II B Direktdemokratische Einrichtungen

Politisches Interesse 1, 86, 87, 88 – Parteisympathien 2, 86, 87, 88 – Beurteilung der Parteien bezüglich Wirtschafts-, Energie-, Sozial-, Verkehrs-, Umwelt-, Ausländer-, Finanz- und Medienpolitik 7, 86, 87 – Teilnahmeverhalten an Abstimmungen 9, 86, 87 – Entscheidungsgrundlagen vor Wahlen: Parteiprogramme, Sachfragen, Personen 11, 86 – Diskussionshäufigkeit über Politik in Familie, Schule, Freundes- und Bekanntenkreis 8, 86 – Schweizer Stimm- und Wahlrecht und die Einflussmöglichkeiten in der Politik 5, 86 – Einstellung gegenüber Reformen 4, 86 – Machtzentren in der Schweiz: Bundesrat, Parlament, Gerichte, Verwaltung, Wirtschaft und Lobbies, Gewerkschaften, Parteien, Kantone, Volk 6, 86, 87 – Vertrauen in die Regierung 3, 86, 87 – Selbsteinschätzung des politischen Standpunktes zwischen rechts und links 12, 87, 88 – Bereitschaft zur politischen Aktivität: Unterschriften sammeln, Teilnahme an Demonstrationen, Konsumboykott, Streiks, Parolen an Hauswand malen, physischer Widerstand gegen die Polizei, Leserbriefe schreiben, Bekannte in politische Gespräche verwickeln, Bürgerinitiativen 13, 87 – Gewinnchancen verschiedener Parteien bei Wahlen 14, 87 – Stärke der Parteibindung bzw. der Parteijungebundenheit 15, 88 – Positive Punkte der bevorzugten Partei 16, 88 – Dringlichkeit der Parlamentsaufgaben wie Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, Schutz der Meinungsäusserung, betriebliche Mitbestimmung der Angestellten, Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, Umweltschutz 17, 88

## II C Recht

Rechtskenntnisse: Vereinsrecht im OR, ZGB, BV oder Vereinsgesetz? 1, 86 – Rechtskenntnisse: Rückzugsrecht bei Verträgen, Häufigkeit von Vertragsabschlüssen, Vertragsarten, Verbindlichkeit von mündlichen Verträgen 2, 86 – Wichtigste Aufgabe des Rechts 3, 86 – Stellenwert und Verwirklichung der Rechtsstaatlichkeit in der Schweiz 4, 5, 86 – Vertrauenswürdigkeit von Juristen: Richtern, Verwaltungsjuristen, Anwälten, Notaren, privatwirtschaftlich tätigen Juristen, wissenschaftlich tätigen Juristen 6, 86 – wichtigste Aufgabe des Strafrechts: Vergeltung, Schutz vor Verbrechen oder Wiedereingliederung von Straftätern? 7, 86 – Totalrevision der Bundesverfassung: Notwendigkeit, sprachliche

und/oder inhaltliche Revision? 9, 86 – Verhalten im Konfliktfall: Flucht, Gespräch, Gerichtsklage 10, 86 – Beachtung / Einhaltung von Gesetzesvorschriften, Gründe: Angst vor Sanktionen, Autoritätsgläubigkeit, Notwendigkeit für Zusammenleben 11, 86 – Völkerrecht: Unerlässliche Basis für weltweiten Frieden? Erwartungen, Rolle der Schweiz 12, 86 – Vorstellung von Menschenrecht / Grundrecht, Nennung einzelner Menschenrechte 13, 87 – Berechtigung der Einschränkung von Menschenrechten: nie, nur im öffentlichen Interesse, durch Behörden 14, 87 – Verwirklichung der Rechtsgleichheit 15, 87 – Gesetzesfülle: zuviel oder zuwenig? 16, 87 – Bereiche mit zu vielen Gesetzen: Steuerrecht, Strassenverkehrsrecht, Baurecht, Arbeitsrecht, Eherecht, Umweltschutzrecht? Bereiche mit zu wenig Gesetzen 17, 87 – Umweltschutzrecht: Verbote, Anreize, Kontrollen, Strafen 18, 87 – Rechtsunterricht in Schulausbildung, Berufsausbildung, Studium 19, 87 – vermehrte Ausbildung in Rechtsfragen? 20, 87 – Interesse an Rechtsfragen 21, 87 – Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinen / Organisationen 22, 88 – Anzahl der Vereinsmitgliedschaften 23, 88 – Mitglied des Vorstandes eines Vereins 24, 88 – Unterstützung durch den Verein 25, 88 – Vorstellung von der schweizerischen Neutralität 26, 88 – Kenntnisse über die Grundlagen der schweizerischen Neutralität 27, 88 – Ansichten bezüglich der Verpflichtungen durch die Neutralität: aktive Landesverteidigung, Verbot der Waffenausfuhr in Krisengebiete, Import militärischen Materials, Abschluss von militärischen Bündnissen, Vermittlung in internationalen Konflikten, Blockunabhängigkeit, Flüchtlingsaufnahme, Entwicklungshilfe, Verhalten der Schweizer im Ausland, Berichterstattung über das Ausland in inländischen Medien, Proteste der Bundesbehörden gegen politische Ereignisse im Ausland, Gleichbehandlung der Handelspartner 28, 88 – Neutralität und Aussenhandel 29, 88 – Beitritt zur EFTA bzw. EG bzw. UNO und die Neutralität 30, 31, 32, 88 – das Wichtigste an der schweizerischen Neutralität 33, 88 – Vorstellung einer nicht neutralen Schweiz 34, 88

## II D Staatsfinanzen

Verteilung der Staatsfinanzen: Entwicklungshilfe, Landesverteidigung, Bildungswesen, Forschung, Altersvorsorge, Gesundheitswesen, Strassenbau, Abfallwirtschaft, Pollution 1, 86, 87, 88 – Massnahmen bei Defiziten von Bund / Kantonen / Gemeinden: Erhöhung der Einkommenssteuer, Kapitalertragssteuer, Umsatzsteuer, Kreditaufnahme oder Reduktion der Ausgaben 2, 86 – Steuermoral im Vergleich zum Beispiel Versicherungsbetrug, Angabe von Nebeneinkommen / Vermögen 3, 86 – Gründe/Rechtfertigung von Steuerhinterziehung: Inflation, zu hohe Staatsausgaben, zu hohe Steuern, Sanktionen, Begünstigung der Reichen durch Steuersystem, Ehrlichkeit, da keine andere Wahl, Risiko, erwischt zu werden, ist gering, schadet direkt niemandem, Kavaliärsdelikt, Bürgerpflicht 4, 86, 88 – Ausgaben im Umweltbereich: zur Information des Verbrauchers, Ausstattung der Behörden zur verbesserten Kontrolle, Förderung der Forschung von Hochschulen / Privatwirtschaft, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Beseitigung von Umweltschäden, Subventionierung umweltfreundlichen Verhaltens, Umweltexperten als Berater des Bundesrates 5, 87 – Kenntnisse über staatliche Einnahmequellen: Einkommens- und Vermögenssteuer, Ertragssteuern, Liegenschaftssteuern, Vermögensgewinnsteuern, Verrechnungssteuern, Erbschaftssteuern, Handänderungssteuern, Stempelabgaben, Warenumsatzsteuern, Tabaksteuern, Treibstoffzölle, Motorfahrzeugsteuern 6, 87, 88 – Kenntnisse über Staatsausgaben: Verwaltung, Rechtspflege, Polizei, Beziehungen zum Ausland, Landesverteidigung, Unterricht/Forschung, Kultur, Erholung, Sport, Gesundheitswesen, Umweltschutz, soziale Wohlfahrt, Raumplanung, Verkehr / Energie, Landwirtschaft, Finanzausgaben 7, 87, 88 – Erhöhung / Reduktion der Verkehrsausgaben: Autobahnen / Nationalstrassen, übriger Strassenbau, Leistungsangebot und Tarifierleichterungen des öffentlichen Verkehrs, Bekämpfung der Immissionen, Verkehr allgemein 8, 87 – Nutzen einzelner Aufgabenbereiche: Landesverteidigung, Unterricht / Forschung, Kultur, Erholung, Sport, Gesundheitswesen, Umweltschutz, soziale Wohlfahrt, Verkehr, Landwirtschaft 9, 87, 88 – Akzeptanz einer Energiesteuer 10, 88 – Akzeptanz der Höhe einer Energiesteuer (in Prozenten) 11, 88 – Steuergelder: Bund ist haushälterisch / verschwenderisch 102, 86 – Steuerbelastung in der Schweiz im Vergleich mit dem Ausland 103, 86 – persönliche Bilanz: Steuerbelastung / Staatsleistungen 104, 86, 88

## II E Sozialversicherung

Anteil der Sozialversicherung an der Lohnsumme 1, 86, 88 – Bedrohung des finanziellen Gleichgewichts der AHV 2, 86, 88 – Sanierungsvorschläge für die AHV: Beitragserhöhungen für Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, Staatsbeiträge, Rentenkürzungen 3, 86 – ideales Rentenalter für Frauen und Männer 4, 86, 88 – bevorzugte Altersvorsorgesysteme: 3-Säulen-Prinzip versus Volkspension 5, 85 – Anteil der Krankenkassenprämien an Gesundheitskosten 6, 86 – Bereitschaft zum Beitritt bei Gesundheitskassen (HMOs): Um wieviel müsste die Prämie niedriger sein? 7, 86 – Bereitschaft zum Beitritt (HMO), wenn Hausarzt Mitglied wäre 8, 86 – Selbstbeteiligung in der Krankenkassenversicherung: Erhöhung / Sen-

kung, bisherige Regelung, Wahl zwischen verschiedenen Selbstbeteiligungsgraden, Bonus-Malus-System 9, 86 – für/gegen Ausbau der Sozialversicherungen 10, 87 – Kenntnisse über Abzüge im Rahmen der Selbstvorsorge (3. Säule) 11, 87 – zivilstandsunabhängige AHV-Renten 12, 87 – Kinderbonus in der AHV 13, 87 – Dringlichkeit der Freizügigkeit beim Stellenwechsel (Pensionskassen) 14, 87 – obligatorisches Mutterschaftstaggeld : dafür / dagegen 15, 87 – Mutterschaftsversicherung : dafür / dagegen, Finanzierung über Lohnprozente, Steuern, Kopfprämien oder freiwillige Privatversicherung 16, 87 – Konkurrenz der amerikanischen Luxuskliniken nützlich oder schädlich? Stellungnahme zum Recht der Kantone, bestimmen zu können, welche Spitäler Krankenkassenleistungen beanspruchen dürfen 17, 87 – heutiges System der Entschädigung der Ärzte nach Einzelleistungen erhöht die Behandlungskosten : ja / nein, Befürwortung von alternativen Entschädigungsmodellen 18, 87 – Beurteilung des Versorgungsgrades in der Langzeitpflege von Betagten in Spitälern, Heimen, zu Hause, Schutz vor finanzieller Belastung 19, 88 – persönliche Bereitschaft zur Hilfe an Betagten 20, 88 – Zustimmung / Ablehnung bezüglich Einführung einer Langzeitpflegeversicherung auf obligatorischer oder freiwilliger Basis und deren Finanzierung durch Steuern, Prämien, Subventionen 21, 88 – Einsparungsmöglichkeiten in Gesundheitswesen : Spitalbereich, bei den Ärzten, bei den Medikamenten, durch kostenbewusstere Haltung der Patienten 22, 88 – Akzeptanz von verschiedenen Finanzierungsarten für die Sozialversicherungen : Lohnprozente, Einkommenssteuer, Prämien, Verbrauchssteuern 23, 88 – geschätzter Anteil der Alters- und Invalidenrentner an der Bevölkerung 24, 88

### III A Landwirtschaft

Einkaufen : Welches Haushaltmitglied kauft die Nahrungsmittel ? 1, 86 – Nahrungsmittelkauf : schweizerische Landwirtschaftsprodukte im Verhältnis zu ausländischen in bezug auf Preis, Qualität, biologischen Anbau 2, 86, 87, 88 – Erhaltung der Landwirtschaft für Selbstversorgung im Krisenfall 3, 86 – Landschaftspflege : Aufgabe der Landwirtschaft, des Tourismus oder von Landschaftsgärtnern, Erhaltung der Berglandwirtschaft 4, 86, 87, 88 – profitierende Gruppen der Agrarpolitik : Klein-, Grossbauern, Tal-, Berglandwirte, Händler, Grossverteiler, Detailhandel, Tourismus, Konsument 5, 86 – Kostenträger der Landwirtschaftspolitik : Steuerzahler, Konsument, Bund 6, 86 – Förderungswürdigkeit verschiedener Betriebsformen : Gross-, Kleinbetriebe, biologische Betriebe, flächenunabhängige Grossbetriebe 7, 86, 87 – Förderung einer naturnahen Landwirtschaft durch Steuer auf Nahrungsmitteln 8, 87, 88 – Bereitschaft, Milch von mit Hormonen behandelten Kühen zu kaufen 9, 87, 88 – Auswirkungen auf den Konsum von Milchprodukten durch nicht nachweisbare Hormonbehandlungen 10, 87, 88 – biotechnologische und gentechnologische Methoden in Pflanzenanbau / Tierhaltung zur Qualitätsverbesserung von Nahrungsmitteln, Steigerung der Milch- und Mastleistung, Krankheitsverhinderung, Krankheitsbekämpfung, Ertragssteigerung im Pflanzenbau, Sortenverbesserung, Schädlingsbekämpfung 11, 87, 88

### III B Wirtschaft

voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz 101, 86, 88 – Branchen der schweizerischen Wirtschaft 102, 86, 88 – bedeutendste Schweizer Firmen im Ausland 103, 86, 88 – Ruf der Schweizer Firmen im Ausland 104, 86, 88 – Verhältnis des ausländischen Firmenbesitzes in der Schweiz zum schweizerischen Firmenbesitz im Ausland 106, 86, 88 – Beurteilung von Prosperität, Löhnen und Zukunftschancen in Land- und Forstwirtschaft, Metallindustrie, Textil- / Schuhfabrikation, Handel, Unterricht / Wissenschaft, Versicherungsgesellschaften, Maschinen- / Apparateindustrie, Nahrungs- / Genussmittelindustrie, Chemische Industrie, Verkehr / Nachrichtenübermittlung, Öffentliche Verwaltung, Banken, Gesundheitswesen, Hotellerie / Gastgewerbe, Uhrenindustrie, Bauwirtschaft, Holz / Möbelindustrie, Papierindustrie 108, 86 – Beurteilung der Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft 109, 86, 88 – Gebiete, wo die schweizerische Wirtschaft führend ist 110, 86, 88 – Gebiete, wo die schweizerische Wirtschaft nicht mehr an der Spitze ist 111, 86, 88 – Welche Produkte werden in der Schweiz besser produziert als im Ausland ? 112, 86, 88 – Konjunkturabhängigkeit, persönliche Auswirkungen bei schlechter Konjunktur 114, 86, 88 – Branchen / Firmen mit gesellschaftlichem Engagement 115, 86 – Assoziationen zu «Wirtschaft» : Persönlichkeiten, bekannte Firmen 131, 87 – Bekanntheit von Dollarkurs 132, 87 – Bekanntheit von Mitgliedschaft der Schweiz in der EFTA, Informationsquellen für Wirtschaftsfragen 133, 87 – Schätzung der Mitarbeiterzahl von schweizerischen Grossfirmen 134, 87 – Bekanntheit der grössten Gewerkschaft der Schweiz 135, 87 – Schätzung der Arbeitslosenzahl in der Schweiz 136, 87 – Interesse an Themen in den Medien : Weltgeschehen, Eidgenossenschaft, Region, Wirtschaft, Sport, Unfälle / Verbrechen, Auto, Medienprogramme, Wissenschaft / Forschung, Ferien / Reisen, Kultur, Roman, Film, Bücher, Religion 137, 87 – quantitatives und qualitatives Wachstum und ihre Förderungswürdigkeit 139, 87 – Hauptvorteile und Hauptnachteile eines EG-Beitritts 167, 88

### III C Arbeit

Arbeit und Leistungsbereitschaft 1, 86 – Verzicht zugunsten der Arbeit, auch im Verhältnis zum Verdienst 2, 86, 87, 88 – Vor- und Nachteile der Berufsarbeit: Betriebsklima (Mitarbeiter / Vorgesetzte), Selbständigkeit, interessante Tätigkeit, Einrichtung des Arbeitsplatzes, Sozialleistungen, Verdienst, schlechte Luft, Geheuze, körperliche Anstrengung, Aufstiegsaussichten, psychische Belastung, Monotonie, Verantwortung, Staub, Schmutz, Lärm, Gefahren, Witterungsabhängigkeit 3, 86, 87 – Zufriedenheit mit der Zahl der Arbeitsstunden 4, 86, 87 – Arbeitsmotivation: Selbstverwirklichung, Verdienst, Zufriedenheit 5, 86 – Führungsstil der Vorgesetzten: Befehlen oder Überzeugen 6, 86 – Prioritäten bei der beruflichen Arbeit: Aufstiegsmöglichkeiten, Verantwortung, Sozialleistungen, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Verhältnis zu Arbeitskollegen, Lohn, Anerkennung, Vorgesetzte, Kreativität, Führungsaufgaben, Mitgestaltung des Arbeitsplatzes, Entwicklungsmöglichkeiten der eigenen beruflichen Fähigkeiten, regelmäßige Arbeitszeit, gesellschaftliches Ansehen, Weiterbildungsmöglichkeiten, interessante Aufgaben 7, 86, 87, 88 – Computer am Arbeitsplatz 106, 86 – Vor- und Nachteile des Computers 107, 108, 86 – ideales Pensionsalter: Rentenkürzung, flexible Altersgrenze, bisherige Regelung 8, 87 – Einschätzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts: Nutzen oder Schaden? 9, 87, 88 – Interesse an technischen Neuerungen 10, 87, 88 – Arbeitszeitreduktion bei gleichem Lohn: Bisheriger Zustand, 40-Stunden-Woche oder zusätzliche Ferienwoche 11, 87 – Mitbestimmung in den Betrieben und ihre Auswirkungen: Arbeitsplatzgestaltung, Anstellungen, Beförderungen, Betriebsordnung, Personalführung, Arbeitszeit, Löhne, Unfallverhütung / Hygiene, Verkaufskonditionen, Absatzorganisation, Entwicklung neuer Produkte, Kauf von Maschinen, Gebäuden, Finanzen 12, 87 – Betroffenheit von Bildschirmarbeit 13, 88 – Ansichten zu persönlichem Arbeitseinsatz, Bedrohung durch AKWs, Notwendigkeit von AKWs und Computern 14, 88 – Risikobereitschaft und technischer Fortschritt 15, 88 – zunehmende Anwendung von Computern: Vereinfachung bzw. Komplizierung durch Computer, Einfluss auf Selbstentfaltung, zwischenmenschliche Kontakte, Kreativität und Belastung 16, 88

### III D Markt

Begriff Markt, Bekanntheit verschiedener Märkte 1, 86 – Bezeichnung des schweizerischen Wirtschaftssystems und des Systems sozialistischer Länder, Begründung 2, 86, 87 – Urheber der tiefgreifenden Einschränkungen der Marktwirtschaft in der Schweiz 3, 86, 87 – Einstufung der Schweiz zwischen freier Marktwirtschaft und zentraler Planwirtschaft 4, 86, 87 – Bekanntheit von Monopolen und Kartellen in der Schweiz 5, 86 – Einstellung zu Monopolen und Kartellen: Nutzen oder Schaden? 6, 86 – Konsumentenschutz: Notwendigkeit oder Selbstverantwortung? 7, 86 – Anschaffungen in den letzten zwölf Monaten wie Auto, HiFi / Stereoanlage / TV / Video / CD, Auslandsferienreise, Bankkonto, Versicherungspolice, elektrisches Haushaltgerät, Kleid / Anzug, Wohnungseinrichtung oder PC 8, 88 – Benutzte Informationsquellen / -arten vor der Kaufentscheidung wie Zeitungsinserte, Besuchen von Geschäften, Rat von Bekannten, Prospekte, Kataloge, Preislisten, schriftliche Offerten, Vergleich von Konkurrenzangeboten, TV-Werbung, Ausstellungen, Kurse, neutrale Testberichte, Verkaufsberatung (aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Anschaffungen) 9, 88 – Notwendigkeit / Berechtigung von Staatseingriffen in die Wirtschaft: In welchen Bereichen, in welchen nicht? 10, 87 – Einstellung zur Werbung: Schaffung neuer Bedürfnisse oder Erhöhung der Markttransparenz? 11, 87 – Vorstellung der Kriterien zur Preisbildung 12, 87 – Beachtung von Testresultaten der Konsumentenschutzorganisationen: gekaufte, nicht gekaufte Produkte 14, 87 – Preisüberwachung: Einstellung und persönliche Betroffenheit 15, 87 – Vorstellungen / Kenntnisse über die Börse 16, 88 – gewünschte Informationen über die Börse 17, 88 – Einstellung bezüglich der Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit am Beispiel der Werbung für Rechtsanwälte und Ärzte 18, 88 – Zufriedenheit mit erworbenen Produkten, Verhalten bei Mängel, Anlaufstelle für Reklamationen, Erfolg von Beanstandungen 19, 88

### III E Geld

verschiedene Geldformen 1, 86, 87, 88 – Kenntnisse bezüglich Golddeckung des Schweizer Frankens 2, 86 – gewünschte Höhe der Golddeckung des Schweizer Frankens 3, 86 – Voraussetzungen für Geldwerterhaltung 4, 86 – Inflationsursachen 5, 86 – Beurteilungen ausländischer Währungen: BRD, Frankreich, Italien, Österreich, Schweden, Grossbritannien, USA, UdSSR, Japan 6, 86 – verschiedene Sparformen 7, 86, 87, 88 – persönliche Spartätigkeit: Art der Ersparnisse, Sparziele 8, 86 – Inflationsrate in der Schweiz 11, 87, 88 – Bedeutung der Inflation 12, 87, 88 – Ursache der Inflation: instabile Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, schwache Währung, Import-Export-Ungleichgewichte, Geldmengenerhöhung 13, 87, 88 – Geldschaffung, Wertbestimmung des Geldes: Nationalbank, Grossbanken, Banken allgemein, Regierung, Volk, andere 14, 87, 88 – Sparen allgemein: sinnvoll oder nicht? 15, 87, 88 – Assoziationen zu «Sparen» 16, 87, 88 – eigene Spartätigkeit: ja / nein 17, 87, 88 – eigene Sparformen: Sparbuch, Versicherungen, Obligationen, Aktien, Edelmetalle, Immo-

bilien, Einschränkung des Konsums 18, 87, 88 – wichtigste Sparmotive : Altersvorsorge, Notfälle, Kinder, Sicherung der Unabhängigkeit, Vermögensbildung, Ausbildung, grössere Anschaffungen 19, 87 – Gründe/ Motive für Nicht-Sparen 20, 87 – verwendete Zahlungsmittel : Bargeld, Checks, Aufträge vom Konto, Einzahlungen, Kreditkarten 21, 87, 88 – Stellenwert verschiedener Lebensbereiche : Geld/ Wohlstand, Umweltverhältnisse, Familie, Frieden, persönliche Sicherheit, Politik, Wirtschaft, Staat, Freunde 22, 87, 88

### **III F Sicherheit und Versicherung**

Gefühl der Bedrohung durch Verkehrsunfälle, Unfälle am Arbeitsplatz, Kriminalität, Wohnungskündigung, Arbeitsplatzverlust, Inflation, wirtschaftliche Notlage im Alter, Krankheiten, technische Entwicklung, Komplexität der Welt / eigene Ohnmacht, politische Veränderungen, Überfremdung, Atomkatastrophe, Krieg, Zersiedelung der Landschaft, Energieverknappung, Pollution, Lärm, Hetze, Stress, Verlust der Religion, allgemeiner Sittenzerfall, Alleinsein, persönliche Probleme 1, 86, 87, 88 – Rolle des Staates im Bereich der Vorsorge und Versicherung : Ausbau oder Abbau ? 2, 86, 87 – Faktoren der persönlichen Sicherheit : Arbeit, Partnerschaft, Familie, private Vorsorge / Sparen, Freunde, Freizeitbeschäftigung, Pensionskasse, Einkommen, Versicherungen, politische Stabilität, Religion, eigene Ziele, Vermögen 3, 86, 87, 88 – persönliche Versicherungen : zuviel oder zuwenig ? 4, 86, 87 – Assoziationen zu «Versicherungen» 5, 86, 87 – Ausbau des Versicherungsnetzes : Eigenvorsorge oder zunehmender Versicherungsschutz 6, 86, 87, 88 – Stellungnahme zu Versicherungsbetrug 7, 86, 87, 88 – Kenntnisse über persönliche Versicherungen 8, 86, 87 – Bereitschaft Versicherungen bei verschiedenen Stellen abzuschliessen : Vertreter einer Versicherungsgesellschaft, Makler, aufgrund von Werbebrief mit Antwortkuvert, am Bankschalter, beim Besuch in der Versicherungsagentur 9, 88 – Akzeptanz von Versicherungseinkauf mittels Kreditkartenautomat 10, 88 – Akzeptanz / Präferenz bezüglich verschiedener Institutionen für Altvorsorge : Bank, Versicherung, Staat (freiwillig oder obligatorisch), Wertpapiere, Immobilien, Sparen, Betrieb, Kinder, Edelmetalle, Schmuck 11, 88 – Verhalten bei Versicherungsabschluss, Verständnis der Police 12, 88 – Kontakt mit Versicherung im Schadenfall und dessen Beurteilung 13, 88 – Präferenzen bezüglich Prämienhöhe und Selbstbehalt Höhe 14, 88 – Bereitschaft zum Abschluss einer Versicherung bei einer ausländischen Versicherung 15, 88

### **IV A Freiheit**

Land der Wahl / Begründung : Schweiz oder Ausland ? 1, 86 – Gefühl der persönlichen Freiheit : Notenskala 2, 86 – Assoziationen zu «Freiheit» 3, 86 – gewünschte Freiheitsbereiche 4, 86 – Gefühl der persönlichen Freiheit / Unabhängigkeit, Beurteilung der Situation im Nachbarland, Benachteiligte in der Schweiz in bezug auf politische Freiheit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, kulturelle Freiheit, wirtschaftliche Freiheit, Berufswahlfreiheit, Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit, körperliche Freiheit 5, 86 – Gefühl der persönlichen Freiheit und die Bedeutung für das persönliche Wohlergehen, Gefahr der Benachteiligung für Minderheiten (gleiche Gliederung wie Frage 5, 86) 9, 87 – Ursachen der Einschränkung der persönlichen Freiheit 101, 87 – Bereiche der Einschränkung der persönlichen Freiheit 6, 87 – Gründe / Ursachen für Zunahme der Gesetze / Vorschriften 7, 87 – Bereiche, wo Rücksichtnahme auf andere nötig ist 8, 87 – Gefühl der persönlichen Freiheit / Unabhängigkeit in bezug auf politische Freiheit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, kulturelle Freiheit, wirtschaftliche Freiheit, Berufswahlfreiheit, Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit, körperliche Freiheit, persönlicher Inhalt dieser Freiheiten, Beispiele für Einschränkungen in den einzelnen Freiheiten 10, 88

### **IV B Verteidigung**

Kräfteverhältnis in Europa : Sowjetunion mit Verbündeten, USA mit Verbündeten 1, 86, 88 – weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren 2, 86, 88 – Kriegsgefahr in Europa in den nächsten 5 Jahren 3, 86 – potentielle Verursacher eines möglichen Krieges 4, 86, 88 – Wahrscheinlichkeit (in der Schweiz) von Terroranschlägen, Naturkatastrophen, Krieg mit Atomwaffen, Krieg mit konventionellen Waffen, Krieg mit chemischen / biologischen Waffen, wirtschaftlicher Erpressung, Energieverknappung 5, 86, 88 – Notwendigkeit der Armee in der Schweiz 6, 86, 88 – Verteidigungsausgaben in der Schweiz : zu hoch oder zu niedrig ? 7, 86, 88 – Fähigkeit sicherheitspolitischer Instrumente in der Schweiz : Aussenpolitik, Armee, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesvorsorge, Staatsschutz 8, 86 – Meinungen zur Armee : Abhaltung fremder Mächte vor Angriff auf die Schweiz ? Armee keine Chance in Krieg mit Atomwaffen bzw. mit konventionellen Waffen ? 9, 86, 88 – Chancen der Armee, ihren Auftrag zu erfüllen in bezug auf zahlenmässige Stärke, Ausbildungsstand der Truppen, Können der militärischen Führung, Bewaffnung, Ausrüstung, Mobilmachung, Gelände, künstliche Geländeverstärkungen, Gewährleistung des Nachschubs 10, 86, 88 – Verteidigungswert der Schweiz 11, 86 – Verwirklichung von

Werten in der Schweiz : persönliche Freiheit, demokratischer Rechtsstaat, Solidarität mit Benachteiligten, Zusammenhalt des Volkes, nationale Unabhängigkeit 12, 86, 88 – Kampfwille der Armee, Widerstandswille der Zivilbevölkerung 13, 86 – Unterstellung der Rüstungsausgaben unter Volksabstimmung : dafür / dagegen 14, 86 – geleisteter Militärdienst 15, 86, 88 – Notwendigkeit des Zivilschutzes 16, 87 – Fähigkeit des Zivilschutzes, Bevölkerung zu schützen in Nuklearkrieg, Krieg mit chemischen Waffen bzw. mit konventionellen Waffen, in anderen Katastrophen 17, 87 – Informationsquellen bei Sirenenalarm 18, 87 – Schätzung der Kapazität aller Zivilschutzräume 19, 87 – Zivilschutzvorbereitungen der Schweiz im internationalen Vergleich 20, 87 – Problembewältigungskapazität der Behörden (Krieg, Katastrophen) 21, 87 – gewünschte Informationspolitik der Behörden im Kriegsfall 22, 87 – Wahrscheinlichkeit der Bedrohung durch militärische Spionage, andere Spionage, Sammeln von Informationen, Unterwanderung von Staat, Wirtschaft und Medien, Sabotage und Terror 23, 87 – Auslandabhängigkeit der Schweiz in bezug auf Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe 24, 87 – potentieller Selbstversorgungsgrad bezüglich Nahrungsmittelproduktion 25, 87 – Aufwendungen für die Gesamtverteidigung : Armee, Zivilschutz, wirtschaftliche Landesversorgung, Massnahmen gegen Spionage, Terror, Aussenpolitik 26, 87 – Notwendigkeit der Mitwirkung von Frauen in der Gesamtverteidigung 27, 87 – Vorstellung der möglichen Formen der Auseinandersetzungen im Kriegsfall (atomare, chemische, biologische und konventionelle Waffen) 28, 88

#### **IV C Versorgung** noch nicht definitiv

#### **IV D Welt**

Sachbereiche erwünschter internationaler Zusammenarbeit : Natur- / Umweltschutz, Teuerungskämpfung, Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Energieversorgung, militärische Verteidigung, Entwicklungshilfe, Forschung für die Wirtschaft, Förderung der Kultur, Erschliessung neuer Absatzmärkte 1, 86, 87, 88 – Distanzierung / Annäherung an andere Länder, Partnerpräferenz für Zusammenarbeit : Frankreich, Italien, Österreich, BRD, USA, UdSSR, Nigeria, Saudiarabien, Brasilien 2, 86, 87, 88 – Zukunftserwartungen in bezug auf Krieg und Frieden 3, 86, 87, 88 – Sachbereiche wahrgenommener Auslandsabhängigkeit : Konjunktur, Waldsterben, Drogenproblem, Generationenproblem, Preisschwankungen, Gefährdung der Unabhängigkeit, industrieller Erfindungsgeist, politische Strömungen und Ideen 4, 86, 88 – Zukunftserwartungen in bezug auf Auslandabhängigkeit der Schweiz 5, 86, 88 – Intensität nationaler Missionsvorstellungen / Präferenzen für nationale Rollen : Zusammenleben verschiedener Völker, Demokratie, Humanität (Asyl, Spenden), Fleiss / Ordnungsliebe / Sauberkeit, Neutralität / Vermittlung 6, 86, 88 – Zufriedenheit mit der Aussenpolitik allgemein und in Teilbereichen, gewünschte Änderungen : Entwicklungshilfe, Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen, Vermittlungsdienste, Asylpolitik, Hilfe an Flüchtlingslager, Überprüfung ausländischer Gelder in Schweizer Banken, Koordination von Umweltschutzmassnahmen, bundesrätliche Reisen, Verteidigung des Bankgeheimnisses, Stellungnahme gegen Diktaturen, Exporthilfe für Entwicklungsländer, Einigung Europas, Schutz einheimischer Produkte vor ausländischer Konkurrenz, Mitarbeit in internationalen Organisationen, Informationspolitik über Aussenpolitik 7, 86, 87, 88 – Relevanz nationaler, europäischer und globaler Bezugsrahmen : Selbstverständnis als Europäer, Weltbürger und Schweizer 8, 87 – Präferenz für kognitive Weltkarten, Grad an Wert-Pluralismus : Nord-Süd-Konflikt, Ost-West-Konflikt, klassisch machtpolitisches Weltbild 9, 87 – Motive internationaler Zusammenarbeit : Eigennutz, nach Zielvorstellungen, Schicksalsgenossenschaft 10, 87

#### **X Allgemein**

Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche : Ernährung, Wohnung, Schlaf, Gesundheit, Bekleidung, Arbeit / Beruf, Familie, Verwandtschaft, Freunde, Umwelt, Kultur, Bildung, Politik, Religion, Sport, Freizeit, persönliche Sicherheit, Geborgenheit, Gefühl, geachtet zu sein, Komfort, Lebensziel 104, 86, 87, 88

P.P.

8001 Zürich



GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit 20 Hochschulinstituten

## DATENBANK FÜR ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT UND STAAT



Umfassende Umfrageergebnisse über Wissen,  
Einstellungen und Verhalten in den Bereichen  
Alltag, Wirtschaft, Politik und Welt

Vor mehr als 10 Jahren ist VOX – die Nachanalyse aller eidg. Abstimmungen und Wahlen – aus der fruchtbaren Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft entstanden.

Ausgehend vom gleichen Grundgedanken, thematisch jedoch erheblich erweitert werden die VOX-Analysen seit 1986 durch eine neue Forschungsreihe ergänzt: UNIVOX – einer ganzheitlich angelegten Datenbank zu

- **Leben in der Schweiz** (untergliedert in die Stichworte Gesellschaft, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Ausbildung, Freizeit, Kommunikation, Verkehr und Umwelt);
- **Staatliche Gemeinschaft** (Staat, Demokratie, Recht, Staatsfinanzen, Sozialversicherungen);
- **Wirtschaftliches Fundament** (Wirtschaft, Arbeit, Markt, Geld, Landwirtschaft und Sicherungen) und
- **Unabhängigkeit** (Freiheit, Verteidigung, Versorgung und Welt).

Jedes Jahr werden die Stichworte einmal ausführlich befragt, sodass laufend aktuelle Umfrageergebnisse zur Verfügung stehen, aber auch zeitliche Trends ersichtlich werden.

Mehr als 20 Hochschuldozenten mit ihren Assistenten und Assistentinnen in Basel, Bern, Fribourg, Genf, Lausanne, St. Gallen und Zürich kooperieren mit der GfS, bereiten die Untersuchungen vor und kommentieren das von ihnen betreuten Sachgebiet (vgl. auch Rückseite). Zum Stichwort «Staat» wurden beispielsweise die folgenden Schwerpunkte befragt: Zufriedenheit mit der schweizerischen Politik – Erfahrungen mit verschiedenen staatlichen Stellen – Einstellungen zu Kollegialsystem, Konkordanzdemokratie, Milizparlament oder Föderalismus – dringlichste Probleme der Gegenwart zuhanden der Behörden – Problemlösungsfähigkeit des Staates – Umfang der Staatstätigkeit und Aufgabenverteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden.

UNIVOX ist ein unentbehrliches Grunddaten-Informationswerk für Volkswirtschaftliche Abteilungen, Redaktionen, PR-Stellen und Verwaltungen. Führende Medien, Banken, Versicherungen, Chemiefirmen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen, Parteien und andere mehr haben UNIVOX bereits abonniert.

Gerne informiert Sie die GfS über die Anwendungsmöglichkeiten von UNIVOX in Ihrer Organisation. Fordern Sie ausführliche Unterlagen an bei:

GfS-Forschungsinstitut, Postfach 546, 8027 Zürich

Telefon 01 / 202 07 87